

INHALT:

● ZU DEN OPERNBALL-EREIGNISSEN 1987	
DER POLIZEIÜBERFALL AUF DIE ANTI-OPERNBALL-KUNDGEBUNG WAR VON VORNHEREIN GENAU GEPLANT !	2
DIE BRUTALITÄT DER STAATLICHEN SCHLÄGERBANDEN (Aus Berichten von Opfern und Augenzeugen)	3
DIE ROLLE DER BÜRGERLICHEN MEDIEN: HOFBERICHTERSTATTER UND POLIZEISPRACHROHRE	6
EIN KRASSES BEISPIEL VOLKSVERDÜMMENDER POLIZEI-MANIPULATION (Zum Polizei-Film im "Club 2" am 24.3.1987)	7
WIRKLICHER POLIZEISTAAT ODER NUR EINGEBILDETES "FEINOBILD POLIZEI" ?	9
DIE HETZE GEGEN "PROVOKATEURE" DIENST ZUR WEITEREN VERSCHÄRFUNG DER POLIZEISTAATSPRAKTIKEN	11
DIE "PROFIL"-INTERVIEWS MIT ANGEBLICHEN "CHAOTEN" DER OPERNBALL-DEMONSTRATION: W I R K L I C H E PROVOKATION ZUR KRIMINALISIERUNG JEDER KÄMPFERISCHEN AKTIVITÄT	12
MIT DER HETZE GEGEN "GEWALTTÄTIGE DEMONSTRANTEN" SOLL JEDER WIDERSTAND NIEDERGEMACHT WERDEN !	14
"GRUNDSATZERKENNTNISSE" DES VERFASSUNGSGERICHTSHOFS ZU HAINBURG:	15
- Die Polizei-Prügelei gegen die Au-Demonstranten war "gesetzmäßig" !	
- Das Demonstrationsrecht ist in Österreich ein zweitrangiges Recht !	
FLUGBLATT: "FRIEDE DEN HÜTTEN ! KRIEG DEN PALÄSTEN !"	17
● DIE "GRÜNEN" UND DIE OPERNBALL-EREIGNISSE: SCHÄNDLICHER KNIEFALL VOR DEN HERRSCHENDEN !	19
TROTZKISTISCHE SCHÜTZENHILFE FÜR MEISSNER-BLAU UND CO.	22
● DIE "K"PO UND DIE OPERNBALL-EREIGNISSE: BESCHÖNIGUNG UND INSCHUTZNAHME DES BÜRGER- LICHEN STAATSAPPARATS !	24
● "POLIZEISTAAT ODER BÜRGERPOLIZEI" ??	26
● POLIZEISCHUTZ FÜR "GEWALTTÄTER" ? ABER SICHER, WENN ES SICH UM FASCHISTEN HANDELT !	28
● Flugblatt der MLPÖ: DIE REAKTIONÄRE HETZE GEGEN DIE ANTI-OPERNBALL- PROTESTE ZERSCHLAGEN !	31
● HENKER UND PFAFFE (Was wollte der Papst in Chile ?)	36
● POLIZEISTAAT MARKE WESTDEUTSCHLAND	
WORUM GEHT ES BEI DER "VOLKSZÄHLUNG" 1987 IN WESTDEUTSCHLAND ?	38
- PRESSERECHTLICHER VERANTWORTLICHER VON "GEGEN DIE STRÖMUNG" VON ZIVILPOLIZISTEN MIT PISTOLEN IM ANSCHLAG F E S T G E N O M M E N !	
- BESCHLAGNAHME BZW. SICHERSTELLUNG DES MARXISTISCH-LENINISTISCHEN FLUGBLATTS "K A M P F D E R V O L K S Z Ä H L U N G 1 9 8 7 !"	

Herausgeber: Marxistisch-Leninistische Partei Österreichs (MLPÖ), Medien-
inhaber, Verleger und Hersteller: Franz Strobl, Beide 1150 Wien, Gold-
schlagstraße 56. Adresse der Redaktion ebenda. Verlags- und Herstellungs-
ort: Wien

F. b. b. / Erscheinungsort Wien / Verlagspostamt Wien 1160

Proletarier aller Länder vereinigt Euch!
Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

Rote Fahne

ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LENINISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICHS

Nummer 227

Ausgabe Mai 1987

Preis S 24,-

ZU DEN OPERNBALL-EREIGNISSEN 1987:

POLIZEISTAAT IN AKTION !



INHALTSÜBERSICHT AUF DER LETZTEN SEITE !

Fortsetzung von S.2

brutalste Polizeieinsatz seit Jahren, eine regelrechte "Hasenjagd", wobei alles zusammengeknüppelt und verhaftet wurde, was die Polizeischergen erwischen konnten. (Siehe dazu auch den Kasten mit den Beobachtungen und Aussagen von Augenzeugen).



LÜGEN, VERDREHUNGEN UND FÄLSCHUNGEN, UM DIE WAHRHEIT AUF DEN KOPF ZU STELLEN

Haargenau wie damals in der Hainburger Au begann auch nach dem 26.2.87 sofort die organisierte Verteufelung der Protestaktion zur "staatszerstörenden" Aktion. Und ebenso zeigte sich nach dem Polizei-Überfall auf die Anti-Opernball-Kundgebung die altbekannte und bewährte Methodik eines ganzen Systems von Lügen, Verdrehungen und Fälschungen. In der selben Deutlichkeit zeigte sich die hemmungslose und kaltschnäuzige Verlogenheit der Repräsentanten dieses Staates, die ganz "selbstverständliche" Art, in der sie die bewußte Lüge als ihr tagtägliches Werkzeug verwenden.

Ein Musterbeispiel dafür gab Blecha in seiner Pressekonferenz am 27.2.87, wo er erklärte:

"Aber wenn dann die Polizei angegriffen wird, und es gibt bitte einen Beamten mit einem offenen Unterschenkelbruch, dem man fast den Fuß abgetrennt

hat; wenn es dann zwei Beamte gibt, einen mit einem gebrochenen Bein und der zweite mit einem gebrochenen Knöchel; wenn es Augenverletzungen gibt, wobei bei einem sogar die Gefahr besteht, daß er eine Beeinträchtigung der Sehkraft für immer hat, dann hört sich bei mir als zuständigem verantwortlichen Innenminister der Gurkenhandel auf, dann ist das kein Polizeiübergriff, wenn hier 13 Beamte, unter ihnen einige schwerstens, verletzt werden und der zuständige Behördenleiter die Räumung verlangt."

Kompletter kann man die Wahrheit kaum auf den Kopf stellen. Angeblich wurde "die Polizei angegriffen". Tatsächlich war es natürlich gerade umgekehrt. Das ist nicht nur jedem Teilnehmer und jeder Teilnehmerin bekannt, sondern geht auch eindeutig aus der Beobachtung Außenstehender hervor. So zitiert etwa das Magazin "profil", das im übrigen voll in den Hetzchor gegen die "Provokateure" einstimmt, einen Augenzeugen, der das Geschehen vom 3. Stock des Opernringhofes aus als Unbeteiligter verfolgte:

"Von oben sah alles so aus, als würde die Polizei die Menschenmenge überrollen und niederknüppeln. Die Beamten knüppelten zu vierzehnt einen am Boden liegenden wehrlosen Grünen nieder." ("profil", Nr.9/87, S.46)



Blecha stellte in seiner ersten Pressekonferenz gegenüber der Öffentlichkeit auch als erwiesen hin, daß Demonstranten einem Polizisten mit einer Schaufel "fast den Fuß abgetrennt" hätten und überhaupt mehrere Polizisten von den Demonstranten schwer verletzt worden seien. Diese Schauermärchen haben sich inzwischen längst schon als erlogen erwiesen. So beobachteten Augenzeugen, daß etliche Polizisten so vehement "vorgestürzt" sind, daß sie übereinander stolpten (vgl. Aussage E.Hauks, im "Falter" 10/87, S.5). Ein Polizist brach sich das Bein, weil er beim Überklettern einer Polizeiabsperrung herunterfiel, nachdem er von hinten einen Schubs erhalten hatte von einem... anderen, nachdrängenden Polizisten. Selbst das "profil" mußte im nachhinein zugeben:

"Die Brüche geschahen nicht durch Fremdeinwirkung: Ein Polizist überknöchelte sich, ein anderer stürzte von einer Brüstung." (Nr.9/87, S.44)

Auch das Geschrei von der "Gefährdung durch Bierflaschenwürfe" ist verlogen. So versuchte die Polizei den "Grünen"-Abgeordneten Srb mit der faulen Ausrede wegzuschicken, sie könnte für seine Sicherheit nicht mehr garantieren, weil mit Flaschen geworfen wurde. Srb, der sich dauernd unmittelbar am Ort des Geschehens befand, stellte dagegen fest:

"Es wurde mit keiner einzigen Flasche geschossen". (Srb-Erklärung im "akin" Nr.7/87, S.2).

Diese Feststellung bezieht sich auf den Zeitpunkt um 22 Uhr, als angeblich der "Sturm auf die Oper" bereits im vollen Gange gewesen sei.

Blecha behauptet schließlich auch noch, der Einsatzleiter der ach so toleranten Polizei habe erst den Befehl zum Räumen gegeben,

"als dann von den Demonstranten auch noch Tränengas versprüht worden" sei (Blecha am 4.3. im Parlament).

Tatsache ist dagegen, daß unter den 40 verhafteten Demonstranten Leute waren, denen Gas ins Gesicht gesprüht worden war - und zwar von der Polizei!

Nicht minder verlogen sind auch alle Behauptungen, die Polizei habe "räumen"



Selbstbiographie eines Gummiknüppels

Einst war ich das Blut eines mächtigen Baumes. Seine Wurzeln saugten mich aus dem giftgeschwängerten Erdreich. Sklavenhände zapften mich ab.

Moderne Maschinen vulkanisierten mich zu einer runden Stange. Noch ahnte ich nicht, zu welcher hohen politischen Mission ich berufen war. Da gab man mir in der Länge ein Maß, das mir verdächtig handlich vorkam. Eine grünliche Couleur, ein Anhänger und - meine Ahnung hatte mich nicht betrogen - ich wurde als Staatsgut gestempelt und in den Etat des Innenministeriums eingesetzt.

Unmittelbar unterstand ich der Befehlsgewalt eines sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, der mir eine treffliche Ausbildung andeuten ließ. Zunächst wurde ich auf Attrappen trainiert: Schläge aus dem Stand, Schläge mit Anlauf.

Sehr bald aber stand ich mitten im vollen Leben. Demonstration hier, Massenversammlung da - hätte niemals geglaubt, daß die Kultur meine Substanz so dringend gebraucht! Saß ich einmal einem alten Mann im Nacken, so tanzte ich ein andermal auf den Köpfen junger Burschen. Als ich mich das erstemal mit Nachdruck an einen weiblichen Körper schmiegte, empfand ich Scham, und ich sehnte mich zurück nach den Sümpfen meiner wilden Heimat. Logik ist eigentlich nicht meine Sache, aber es fällt mir doch auf, daß ich niemals auf gut proportionierte Körper, sondern immer bloß auf Haut und Knochen treffe...

Nervös bin ich geworden mit der Zeit, so nervös! Beinahe trete ich von selbst in Aktion, wenn ich nur den Schrei »Hunger!« vernehme. Ob dieser Erscheinung durch eine erhöhte Tätigkeit meinerseits abzuweichen ist, bleibt Dienstgeheimnis.

Als staatliches Gut Wünsche und Meinungen öffentlich zu äußern - ich weiß es - grenzt nahe an Hochverrat. Immerhin sei es gesagt: Hoffentlich bringt mich bald eine proletarische Regierung in ein historisches Museum oder ein Erwerbsloser findet mich, zerstückelt mich zu kleinen Plättchen und benutzt meine duldsame Substanz als Sohlenschoner...

Roter Pfeffer (1932)

müssen, weil wildgewordene Demonstranten Schaufensterscheiben eingeschlagen, Geschäfte und Autos demoliert hätten. In Wirklichkeit wird hier unverschämte Ursache und Wirkung verkehrt. Der Prügeleinsatz der Polizei, das brutale Wegtreiben der Demonstranten führte dazu, daß Kundgebungsteilnehmer in lebensgefährlicher Weise gegen Glasfassaden und Schaufenster gedrängt und gedrückt wurden.

Überhaupt ist ja bezeichnend, daß der

Polizeiminister und sein vielstimmiger Begleitchor ihre eigenen Absichten und Vorgehensweisen spiegelverkehrt auf die Demonstranten projizieren und diesen unterzuschieben suchen. Eine solche glatte Verdrehung ist auch Blechas Behauptung, die unverkennbare Absicht der Demonstranten sei gewesen,

"durch Provokationen größtmögliche Aufmerksamkeit der Medien - es ist etwa 10 Uhr - zu erreichen."

(Blecha am 4.3.87 im Parlament)

Tatsache ist, daß die Polizei gerade zu einem Zeitpunkt losschlug, als die "Aufmerksamkeit" der Medien möglichst gering zu sein schien, nämlich als die "Prominenten" und "Stars" des Opernballs bereits alle im Haus waren. Oder nehmen wir die Behauptung der halbamtlichen "Wiener Zeitung", die erklärte:

"Die Straßenschlacht war also deutlich programmiert." (28.2.1987)*

Ganz gewiß war das so, aber in Wirklichkeit nicht von den Demonstranten, und auch keinem Teil von diesen, sondern eben von der Polizei selbst !**

Selbstverständlich bedeutet das alles nicht, daß die Demonstranten den Polizeiüberfall widerstandslos über sich ergehen lassen, sie sich wehrlos zusammenprügeln lassen sollten.

Als über ein Polizei-Megafon ertönte: "Hier spricht die Polizei", erscholl dagegen aus vielen Kehlen der Ruf der De-

* In der "Wiener Zeitung" ist auch zu lesen, daß

"eine Anarcho-Gruppe unter den Demonstranten vor der Oper ihre Enttäuschung, daß die Polizei nicht von sich aus prügelte, nicht länger ertragen konnte und um etwa 22 Uhr mit Provokationen begann, die ihnen die Lustlösung (!!) - Polizeioriginalton: 'Jetzt spricht die Gummiwurst' - brachte." ("Wiener Zeitung", 28.2.1987)

Der Verfasser des Artikels, ein gewisser Thomas Pluch, der schon mehrfach durch seine besonders verlogene und scharfmacherische Infamie aufgefallen ist, beweist damit nur die reaktionäre Perversität seines eigenen Denkens.

** Ein eindeutiges Indiz ist ja schon der Zeitpunkt der Polizei-Prügel-Attacke. Hätten die Demonstranten die Initiative gehabt, so hätten sie natürlich den Zeitpunkt des Eintreffens der Prominenz vor der Oper gewählt, als die Polizei am meisten zu tun hatte und die Wirkung am größten gewesen wäre. Daß dagegen die Schlägerei erst begann, als die Prominenz drinnen und "in Sicherheit" war, beweist klar, daß die Polizei den für sie günstigsten Zeitpunkt gewählt hatte.

monstranten "Hier spricht das Volk ! Hier spricht das Volk !". Mag sein, daß bei der nachfolgenden Polizei-Prügelei auch der eine oder andere Polizist was abbekommen hat, daß den losprügelnden Polizeischlägern auch diese oder jene Flasche entgegengeworfen wurde, daß aus Wut über den Polizeiüberfall irgendeine Bank- oder Geschäftsscheibe dran glauben mußte. Aber es ist nicht Sache der Antifaschisten und Revolutionäre, sich darüber aufzuregen oder gar von "Provokation" zu reden. Vielmehr muß überlegt werden, wie man sich in Zukunft besser gegen derartige Polizei-Attacken wappnet, wie man die am 26.2.87 auftretenden Panikreaktionen unter den Demonstranten überwinden, wie man Kundgebungen und Demonstrationen einen geschlosseneren und organisierteren Charakter verleihen kann usw.



DIE ROLLE DER BÜRGERLICHEN MEDIEN: HOFBERICHTERSTATTER UND POLIZEISPRACHROHRE !

Die Berichterstattung der bürgerlichen Zeitungen und des ORF über den Opernball und die Protestkundgebung dagegen wirft ein grelles Schlaglicht auf alle diese "unabhängigen" Medien.

Es lohnt sich nicht, auf die widerliche Hofberichterstattung einzugehen, wer von den erlauchten Herrschaften gerade mit wem plaudert odgl.*** Wichtiger ist, auf

*** Damit befaßte sich vornehmlich der ORF-Macher Horst Friedrich MAYER. Wes Geistes dieser Herr ist, der für die aktuelle Berichterstattung des ORF hauptverantwortlich ist, geht schon daraus hervor, daß er zwar viel Bla-Bla von sich gab, aber über das, was sich vor der Oper abspielte, kein einziges Wort verlor.

die Funktion der bürgerlichen Medien gegenüber dem Anti-Opernball-Protest und gegenüber der Polizei-Prügelei einzugehen.

Da kam diversen Schreiberlingen zunächst die Funktion der Rechtfertigung des Opernballs zu. In der "Kronenzeitung" beteuerte ein Herr Hübl in der Rubrik "menschlich betrachtet", es sei der Opernball "so wichtig wie der 26. Oktober", d.h. der Nationalfeiertag ("KZ", 28.2.1987). In der "sozialistischen" AZ wettet Herr Scheuch gegen "Eiferer",

die gar "verlangen, den Opernball abzuschaffen" (28.2.1987), wo doch der Opernball der einzige Tag im Jahr sei, wo "die Oper aktiv gebaren kann", d.h. keine Subventionen benötigt. Außerdem hätte kein einziger der Superreichen in Österreich dadurch weniger Geld, wenn der Opernball nicht stattfinde. Und die Vranitzky und Co. gingen "ohnehin nur der Republik zuliebe" zum Opernball. - Als ob es beim Protest am 26.2.1987 nur um den Opernball selbst gegangen wäre und nicht darum, was dieser symbolisiert !

EIN KRASSES BEISPIEL VOLKSVERDUMMENDER POLIZEI-MANIPULATION

Am 24. März brachte der ORF einen "Club 2" mit dem Themenschwerpunkt Bürgerwiderstand - bürgerlicher Ungehorsam. Wie kaum anders zu erwarten, entwickelte sich die Debatte rasch zu einer über die "Opernball-Krawalle".

In diesem Zusammenhang wurde ein ca. 5-minütiger Polizei-Film abgespielt, den der ebenfalls anwesende "Generalinspektor der Wiener Sicherheitswache", Günther BÜGL, mitgebracht hatte. Mit diesem Film wollte BÜGL die Polizei-Darstellung vom Ablauf der Opernball-Ereignisse "belegen", konkret, seine Behauptungen über die sanfte Polizei und die bösen "Chaoten".

Was war zu sehen ? Eigentlich nicht viel. Zum einen sah man Polizeiketten, die daran gingen, die Demonstration aufzulösen. Von Gummiknüppel-einsatz keine Spur. Es schien alles äußerst friedlich, zurückhaltend zuzugehen. Zum anderen sah man einige am Boden liegende Steine sowie ein paar zerbrochene Scheiben. Außerdem ein irgendwo hängendes Polizeikappel.

Worin bestand nun die reaktionäre Manipulation. Zunächst ist da die Tatsache, daß in diesen Film offensichtlich nur jene Passagen hineingeschnitten wurden, bei denen die Polizei gerade (noch) nicht prügelte. Damit sollte der Eindruck erweckt werden, Polizeibrutalitäten habe es eigentlich gar nicht gegeben.

Zum anderen soll mit den auf der Erde liegenden paar Steinen suggeriert werden, daß diese von Demonstranten gegen die Oper bzw. gegen Polizisten geschleudert worden seien. Es ist klar, daß die Polizeifilmer da ganz beliebige Steine aufgenommen haben.

Bügl betonte auch, daß diese 5 Minuten lediglich ein Ausschnitt aus insgesamt 40 Minuten Filmmaterial gewesen seien, und man hätte auch noch ganz andere Sachen zeigen können, davon aber abgesehen, weil es nur um die Veranschaulichung des besonnenen Vorgehens der Polizei gegangen sei (trotz anscheinender Steinwürfe, wie doch suggeriert werden sollte !).

Nun fragt sich allerdings: Kann denn ein

Mensch auch nur eine Sekunde ernsthaft annehmen, daß ein Bögl auch nur im geringsten gezögert hätte, jene "Schreckensszenen" vorzuspielen, die es gemäß Polizei-Medien-Hetze ja genügend gegeben haben müsse ?? Wozu Steine auf der Erde zeigen, wenn die Demonstranten mit Schaufeln, Fässern, Flaschen usw. auf die Polizei losgegangen seien ?? Gerade diesmal ist von der Polizei nämlich in großem Maßstab gefilmt worden - schon um den Polizeicomputer und dessen umfangreiche Datenbank tüchtig füttern zu können.

Nein, das Manöver ist doch zu durchsichtig, doch wird mit der Ahnungslosigkeit der Leute spekuliert, welche von den Ereignissen nur aus der Ferne gehört haben, noch dazu nur in Form der Lügenhetze der Zeitungen.

Bleibt noch eine Bemerkung zur Rolle des ORF anzuschließen. Im "Club 2" kam auch die Frage, warum der ORF einen Polizeifilm vorführte und nicht eigene Aufnahmen, die es sehr wohl gibt, auch wenn der ORF als treuer Hofberichterstat-ter bei der Übertragung des "Ballereignisses" die edlen Bilder nicht durch eingblendete Polizei-Prügelattacken beeinträchtigen wollte und deshalb gar nichts brachte. Dazu konterte der "Club-2"-Moderator, der immerhin erwähnte, daß beim Polizeifilm selbst noch der Ton zu den 5 Minuten hinzugemischt, d.h. nicht original war, daß die Demonstranten beim ORF-Film auch nicht besser weggekommen wären. Denn dort würde man - oh Schreck, oh Graus - sogar einen am Boden liegenden Polizisten sehen ! Was offensichtlich so viel heißen soll wie: Wurde bei einer Demonstranten-Attacke brutal niedergeschlagen ! Wiederum wird manipuliert, daß das keineswegs Folge von "Fremdeinwirkung" zu sein braucht. Polizisten können im Eifer der Demonstrantenjagd durchaus auch übereinander purzeln oder über sonstige Hindernisse wie Bürgersteigkanten oder selbst aufgestellte Absperrungen stürzen, die - so scheint's - plötzlich ebensovonnell zu geheimen Verbündeten der "Staatsfeinde" werden können wie die von der Polizei herangeschafften Sandschaufeln.

Und daß die Politiker es als Verpflichtung betrachten, dort zu "repräsentieren", zeigt in Wirklichkeit ja auch nur, w e m sie sich verpflichtet fühlen, wem sie in der Tat dienen, nämlich den Superreichen !

Aus dem Radio war schließlich ganz im Stil einer gediegenen k. u. k. Hofberichterstattung der Stoßseufzer angesichts der Proteste zu vernehmen:

"Im Österreich des Jahres 1987 ist nichts mehr heilig... Opernballgäste genießen nicht mehr respekt- bis neidvolle Bewunderung wie einst."
(ORF, zitiert nach "Frankfurter Rundschau", 28.2.1987)

In den Tagen nach den Opernball-Ereignissen erwiesen sich die bürgerlichen Medien dann vollends als verlängerter Arm des Polizeiministers und der Polizei. Völlig "unabhängig" verbreiteten sie unisono einunddieselbe verlogene Darstellung, die ihnen Blecha und Reidinger vorgaben. Der "Kurier" gibt z.B. zu, daß die von ihm am 28.2. gegebene "Chronologie" der Ereignisse weitgehend, "was die Daten betrifft, auf den Angaben der Sicherheitsbehörden" beruht.

Buchstäblich alle bürgerlichen Zeitungen, Wochenzeitungen, Magazine usw. haben eben jene infame Hetze vom Stapel gelassen, welche die Herrschenden für ihre Zwecke brauchen. (Siehe auch den Kasten mit einigen Zeitungsschlagzeilen.). Nehmen wir als ein Beispiel nur das sich als besonders "ausgewogen" und "objektiv" selbstdarstellende "profil". Dort ist eine angebliche "Rekonstruktion einer Alternativveranstaltung zum Nobelball des Jahres" enthalten, welche von unverschämten Lügen und Verdrehungen nur so strotzt. Es genügt, hier einige "Perlen" anzuführen:

"Ein verummter Demonstrant, Provokateur aus der linkslinken Szene, hieb auf einen Polizisten mit der scharfen Schneide eines Spatens ein...

... erstmals angewendeten Methoden der Stadtguerilla...

... wird die Polizei mit rollenden Fässern, Leuchtgeschossen und Feuerwerkskörnern übrannt..

... Einem Beamten wurde im Nahkampf der Fuß gebrochen."
("profil", Nr.9/87, S.45/46)

"... LÜGT WIE GEDRUCKT"

Nach dem 26.2.1987 verbreiteten diverse Zeitungen und der ORF sogleich die Lüge, daß die Kundgebung nur bis 22 Uhr angemeldet gewesen sei, weshalb die Polizei hätte auflösen müssen. Die großbürgerliche Zeitung "Die Presse" wollte gar wissen, daß die Versammlung nur "ordnungsgemäß für 18 bis 20 Uhr" angemeldet gewesen und danach "illegal" gewesen sei (vgl. "Die Presse", 27.2.1987). Tatsache ist, daß die Kundgebung bis 23 Uhr "bewilligt" war (siehe untenstehendes Faksimile). Als sich alle anderen Behauptungen klar als Lügen herausstellten, sah sich z.B. der Wiener Sicherheits-Generalinspektor Bögl im "Club 2" gezwungen, von dieser durchsichtigen Lüge Abstand zu nehmen - allerdings nur, um zu der nicht minder verlogenen Darstellung zu greifen, daß die Polizei die Kundgebung zu diesem Zeitpunkt hätte auflösen müssen wegen angeblich überhand nehmender "Provokationen", weil "Ruhe und Ordnung" nicht mehr gesichert gewesen seien.

Ich verlange umzeitige Veranstaltung auf von 18 bis 23

Herbert Brunner

Polizeidirektion Wien
20. Februar 1987
Bögl, Generalinspektor
für Sicherheit und Ordnung

Da nun am 26.2. vor der Oper schon die "Stadtguerilla" am Werk war, darf nicht verwundern, daß dort auch eine "RAF-Fahne" geschwungen wurde. Solches war tatsächlich in den "Oberösterreichischen Nachrichten" und anderen Blättern zu lesen.

Es spricht wirklich Bände, w o r i n diese Kreaturen bereits den "Terrorismus" erblicken. Auf der Kundgebung wurde tatsächlich eine Fahne geschwungen (die sogar das Titelbild des "profil" zierte). Auf dieser steht schlicht und einfach das Wort "F R E I H E I T !".

Das ist eben die Angst der Herrschenden vor dem Volk: Hinter jeder Protestbekundung wittern sie bereits die Gefahr des Aufstands gegen ihre verrottete "Ordnung".

WIRKLICHER POLIZEISTAAT ODER NUR EINGEBILDETES "FEINDBILD POLIZEI"?

Am empfindlichsten reagierten die Sachwalter, Propagandisten und Nutznießer der in Österreich bestehenden Ausbeuterordnung nach dem 26.2.87 in Bezug auf einen Punkt: Das war der Aufschrei gegen jede angebliche "Verunglimpfung" der Polizei. Wie groß war das Geschrei, als es der "grüne" Abgeordnete Srb gegenüber dem ORF noch an Ort und Stelle der Polizeiprügelei wagte, Österreich als Polizeistaat zu bezeichnen.

Warum eigentlich die Empörung? Der AZ-Redakteur Scheuch spricht es klar aus: "Unnütz" sei eine solche Charakterisierung, weil dadurch "die Unterschiede zwischen dem Rechts- und dem Unrechtsstaat vermischt werden" (AZ, 28.2.1987).

Das darf aber nicht zugelassen werden, denn schließlich und endlich sei dieser Staat hier ein Rechtsstaat, und es sei "die Aufgabe der Sicherheitsexekutive,

ihrer Schutzfunktion, die ihr in der demokratischen Gesellschaft auch übertragen worden ist, zu entsprechen" (Blecha, Pressekonferenz am 27.2.1987).

Um die Unterdrückten geistig in Botmäßigkeit zu halten, ist diese Legitimierungsideologie für die Herrschenden sehr wichtig. Denn haben die Werktätigen einmal erkannt, daß dieser Staat in Wirklichkeit ein Unrechtsstaat, die moderne Tyrannei einer ausbeuterischen Minderheit, und die Polizei ein Instrument zur Unterdrückung der ausgebeuteten Mehrheit ist, so ist es weitgehend vorbei mit dem "Respekt" gegenüber diesem angeblichen "Rechtsstaat" und seiner "Sicherheitsexekutive".

Andererseits, äußerte z.B. der Wiener Sicherheits-Generalinspektor Günther BÖGL im "Club 2", dürfe man auf gar keinen Fall was auf die Polizei kommen lassen, weil die Masse der Bevölkerung - völlig zurecht übrigens - die Polizei weitgehend mit dem Staat identifiziere. Deshalb ertönt auch von Blecha bis Cap

Bürgerliche Hetze in Schlagzeilen

Maskierte lösten bei Oper die Prügelei aus

- Provokateure mischten sich unter Demonstranten
- Dadurch kam es zur Straßenschlacht mit Polizei

**Opernball-Prügelei:
Drahtzieher waren
Provokateure
mit Masken!**

**Polizeistaat,
ja bitte!**

**Mit Fässern, Schaufeln und
Raketen gegen die Polizei**

Unter der Tarnkappe einer friedlichen Demonstration:

**Vermummte Rowdies
schlugen Polizisten
reif fürs Spital!**

**Riesenwirbel vor der Oper
Demonstranten mit Raketen
gegen Polizei**

11 Beamte
wurden
verletzt

**Meissner-Blau:
Provokationen
durch 'Autonome'**

**KURIER
CHRONIK**

und Pilz der besorgte Ruf, man dürfe jetzt um Gottes Willen kein "Feindbild Polizei" aufbauen. Wer derartiges mache, arbeite direkt oder indirekt der "Anarchie" in die Hände.

Selbst wenn der eine oder andere Polizist vor der Oper "zu rauh" vorgegangen und es möglicherweise zu "Übergriffen" gekommen sei, dürfe das zu keiner Verallgemeinerung über eine Prügelpolizei führen. Schließlich gebe es "auch unter den Uniformträgern Typen.., denen die Vernunft durchgeht, sobald sie provoziert werden... Diese Typen gehören zweifellos weg." ("Neues Volksblatt", 28.2.1987). "Mißbräuche" der Polizeigewalt müßten festgestellt und entsprechend geahndet werden.

Doch schon im nächsten Atemzug wird selbstverständlich festgestellt, daß es völlig richtig und legitim sei, wenn die Polizei mit Gewalt, d.h. vor allem auch Waffengewalt, vorgeht, wenn es um die Sicherung von "Ruhe und Ordnung" bzw. des "Rechtsstaats" gehe. Denn dazu sei sie eben da. Da nimmt die "Empörung" über das Etikett "Polizeistaat" dann auch schon gewaltig ab. Der AZ-Redakteur Scheuch, der zunächst den Begriff "Polizeistaat" als "unnütz" bezeichnet, weil er unerwünschte Assoziationen hervorruft, stellt andererseits nämlich fest:

"Wer Österreich wegen der unerfreulichen Vorfälle vor der Oper als 'Polizeistaat' bezeichnet, kann dieses Prädikat getrost allen Staaten der Welt verleihen. Das mag vielleicht aus einer bestimmten politologischen Sicht nicht unrichtig sein, wenn man im Staat eine Einrichtung sieht, der das Gemeininteresse notfalls mit Gewalt schützt." (AZ, 28.2.1987)

* In diesem Zusammenhang wird übrigens deutlich, daß Revolutionäre, insbesondere die Marxisten-Leninisten, die Bezeichnung "Polizeistaat" durchaus nicht im selben Sinn und mit dem gleichen politischen Verständnis verwenden wie bürgerliche Kritiker der Polizeiaktivitäten.

Leute wie etwa der grüne NR-Abgeordnete SRB - der laut einem Interview in "MOZ" Nr.18 (April 1987) seine Hoffnungen im Parlament darauf setzt, Bundesgenossen seiner Anliegen unter den Abgeordneten der Regierungsparteien zu finden, deren fortschrittliche Neigungen sich derzeit infolge des Klubzwangs leider nicht entfalten könnten - verwendet die Bezeichnung "Polizeistaat" offensichtlich als Anklage gegen etwas, das ihm als "Schweinerei" erscheint, als etwas, das nicht sein dürfte, was "undemokratisch",

Das ist eine völlig richtige Feststellung, wenn man das Wort "Gemeininteresse" durch das Wort "Kapitalinteresse" oder "Ausbeuterinteresse" ersetzt. Denn der Staat ist ein Organ der Klassenherrschaft, ein Organ zur Unterdrückung der einen Klasse durch die andere, im kapitalistischen Staat eine Maschine, um die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen in der Botmäßigkeit der herrschenden Ausbeuterklasse zu halten, die ihr Klasseninteresse gern als "Allgemeininteresse" ausgibt. Das stehende Heer und die Polizei sind aber die Hauptwerkzeuge der Gewaltausübung der Staatsmacht.*

Nach dem 26.2. machten die Herrschenden und ihre Sprachrohre zum Teil auch nicht das geringste Hehl daraus, wie froh sie sind, daß sie ihre Polizei haben. Wer sollte sie denn sonst schützen vor dem Ansturm der "Anarcho-Kommunisten"? Wie wäre es sonst noch möglich, daß die Reichen unter sich bleiben und ungestört feiern können? Wie wäre es sonst überhaupt möglich, die "Ordnung" so aufrecht zu erhalten, wie sie heute (von Gott) eingerichtet ist ?? "Schlimm wäre es um die Polizei bestellt, die das (den Opernball) nicht gewährleisten könnte", schreibt z.B. der selbe AZ-Redakteur in dem erwähnten Artikel, während ein "Kronenzeitung"-Redakteur ausruft: "Kompliment der Wiener Sicherheitswache! Noch kann man ungestört tanzen im Fasching in unserem Österreich." (28.2.1987) - "Unser Österreich", das ist das Österreich der Vranitzky und Androsch, der Mautner-Markhof, Swarowski usw. und eben zum Schutz dieses Österreichs gegen das a n d e r e Österreich, gegen die Arbeiter, kleinen Bauern und anderen Unterdrückten ist insbesondere die Polizei da!

Die Herrschenden entsetzt allein schon

sozusagen "regelwidrig" und "abnormal" sei. Gerade das, was Rolle und Aufgaben der Polizei im bürgerlichen Staat kennzeichnet, erscheint ihm als "Verletzung" und "Verstoß" dagegen.

In einer diametral entgegengesetzten Position befinden sich dagegen die Marxisten-Leninisten, wenn sie vom "Polizeistaat" sprechen, denn ihnen geht es darum, die Illusionen der Massen über Wesen und Rolle des Staatsapparats im allgemeinen und der Polizei im besonderen zu zerlegen, den eigentlichen Charakter und die wahren klassenmäßigen Funktionen der Polizei und des gesamten Staatsapparats als Gewalt-instrument zur Aufrechterhaltung und Sicherung einer bestimmten Klassenherrschaft (Klassendiktatur) bewußt zu machen.

die Vorstellung, der Empörung und der Wut der von ihnen Erniedrigten und Niedergehaltenen ohne "Polizeischutz" ausgesetzt zu sein. Entsetzen bereitet ihnen die Vorstellung, was wohl wäre, wenn nicht die Polizei da wäre, um ihre Besitztümer, die Werke und Fabriken, die Großgrundbesitze usw. zu schützen. Angesichts dieser Vorstellung schmilzt letztlich jeder "Vorbehalt" gegenüber dem Etikett "Polizeistaat" dahin. Und so steht denn auch z.B. in der "Neuen Volkszeitung" (Kärnten-Osttirol) ohne wenn und aber, ohne einerseits-andererseits unter der geradezu flehenden Überschrift: "POLIZEISTAAT, JA BITTE !":

"Zum Glück sind wir ein Polizeistaat und kein Demonstrantenstaat." (28.2.)

DIE HETZE GEGEN "PROVOKATEURE" DIENT ZUR WEITEREN VERSCHÄRFUNG DER POLIZEISTAATSPRAKTIKEN

Wie auf Knopfdruck setzte nach dem 26.2. eine Hetzkampagne gegen "Gewalttäter" und "Provokateure" ein, welche es sich zum Ziel setzen würden, friedliche Demonstrationen "umzufunktionieren". Die Gefahr der "Unterwanderung" durch "zur Gewalt neigende Berufsdemonstrierer und militante Gruppen" ("Wochenpresse" 10/87, S.16) wird beschworen. Und der "Kurier" stellt das "Problem" so dar:

"Unter friedliche Demonstranten mischt sich ein kleiner Kern gewalttätiger Chaoten, und schon ist der Teufel los." ("Kurier", 28.2.1987)

Es ist selbstverständlich eine Lüge, daß militante Antifaschisten, Revolutionäre und Marxisten-Leninisten immer und überall "Gewalt um jeden Preis" wollen. Daß sich die Marxisten-Leninisten zur Notwendigkeit der Erziehung der Volksmassen zum revolutionären Kampf, also

* Damit wird auch der reaktionäre Zweck verfolgt, bei Polizeiüberfällen wie vor der Oper in den Augen naiver und rückständig denkender Menschen die "Schuld" dafür der "kleinen Minderheit" sogenannter "Chaoten" zuzuschreiben, der man das zu "verdanken" habe. Wobei sich die Polizei natürlich jederzeit den "Anlaß" selbst schaffen kann, indem sie entweder Lügengeschichten über "Gewalthandlungen" erfindet, welche sie durch die Medien hinausposaunen läßt, oder aber, indem sie tatsächlich eingeschleuste Polizei-Agents Provokateurs im "richtigen Augenblick" ein paar Flaschen werfen oder Scheiben einschlagen läßt.

zur Anwendung revolutionärer Gewalt bekennen, heißt natürlich nicht, daß sie z.B. vor der Oper mit Totschlägern, Dolchen und Revolvern gegen die Polizei vorgehen wollten, daß sie für die Anwendung aller Formen der Gewalt, einschließlich der bewaffneten Gewalt als ihrer höchsten Form, zu jeder Zeit, unabhängig von den gegebenen Bedingungen und Voraussetzungen sind. Wer das bestreitet, ist offenkundig selbst ein Provokateur.

Diesen ganzen Popanz von den angeblichen "Gewalttätern", die stets und überall, wo sie auftauchen, dafür sorgen, daß "der Teufel los" sei, haben die Herrschenden und ihre Sprachrohre in Wirklichkeit nur für ihre eigenen reaktionären Zwecke aufgebaut.*

Die Hetze gegen die angeblichen "Chaoten" dient zur Verschärfung der Polizeistaatspraktiken, die unter dem Motto: "Die kriminellen Gewalttäter müssen unschädlich gemacht werden!" plausibel gemacht werden sollen. So stellt z.B. die "Wochenpresse" fest, um "Unterwanderung" und Straßenschlachten in Hinkunft zu verhindern, "müßten potentielle Gewalttäter 'ausgesondert' werden."** Eine Möglichkeit dazu wäre, Polizisten in "Turnschuhtracht mitten ins Demo-Geschehen" einzuschleusen, "möglichst in die Nähe bekannter Radikalinskis", um sie "auch gleich zu fassen". Bei "strafrechtlich bereits verdächtigen und damit erkennungsdienstlich erfaßten Widerständlern" sei die Exekutive überhaupt verpflichtet, "mutmaßliche Gewalttäter auch von der Stapo vorweg zu fassen", also sozusagen prophylaktisch zu verhaften! (Vgl. "Wochenpresse" 10/87, S.16). Gemäß der altbekannten Rädelsführertheorie sollen also mutmaßliche "Aufwiegler" und "Gewalttäter" aus dem politischen Geschehen auf der Straße ausgeschaltet werden - das bedeutet praktisch die Wiedereinführung der faschistischen "Vorbeugehaft"!

Eine weitere Zielrichtung der Hetze gegen die angebliche "Unterwanderung friedlicher Demonstrationen" nach dem 26.2.87 war: Wer solche "Gewalttäter"

** Solche "Aussonderungen" finden allerdings bereits heute schon statt. Bei antifaschistischen Kundgebungen wie zuletzt etwa am 21.3. 1987 versuchte die Polizei von vornherein als "militant" verdächtige Leute oder Gruppen gar nicht erst zur Kundgebung zu lassen, drängte sie ab oder kreiste sie ein (vgl. dazu den Bericht in dieser Nummer).

bei Demonstrationen in seinen Reihen dulde, mache sich mitschuldig !

"Wer das Risiko auf sich nimmt, daß brutale Chaoten eine als friedlich geplante Veranstaltung zu einem Festival der Gewalt umfunktionieren, macht sich schuldig." ("Neue Volkszeitung", 28.2.1987)

Und eben eine solche "Schuld" habe auch die Partei der "Grünen" am 26.2. als Veranstalter der Kundgebung vor der Oper auf sich genommen, weil sie nicht von sich aus "für die Wahrung des Gesetzes und für die Aufrechterhaltung der Ordnung" gesorgt habe, weil sie zu diesem Zweck nicht oder nicht genügend mit der Polizei zusammengearbeitet, keine "Ordner" aufgestellt habe (vgl. Blecha, 4.3.87 im Parlament). Auch sei ein Demonstrations- oder Kundgebungsveranstalter nach geltendem Recht selbst verpflichtet, die Veranstaltung aufzulösen, wenn er das nicht gewährleisten könne. In Zukunft werde die Polizei strikt dafür sorgen, daß dies alles auch geschehe. Blecha zieht aus den Ereignissen vor der Oper denn

auch die polizeistaatliche Konsequenz:

"Wir werden einen Leitfaden für die Anmeldung und Durchführung von Demonstrationen erstellen." (Blecha am 4.3. im Parlament).

Man muß sich vergegenwärtigen, was das alles bedeutet und worauf es hinausläuft.

Das bedeutet z.B., daß die Ordner der Demonstrationsveranstalter auf die Rolle von Hilfspolizisten verpflichtet werden sollen. Diese sollen angebliche "Gewalttäter" herausfischen und "aussondern", um sie womöglich direkt der Polizei zu übergeben. Das ist eine völlige Pervertierung und Verkehrung der wirklichen Aufgaben von Demonstrations-Ordner. Deren Aufgabe ist nicht, verlängerter Arm der Polizei zu sein, sondern besteht im Schutz fortschrittlicher Demonstrationen vor Polizeiattacken und Faschistenüberfällen.

Damit nicht genug. Die Herrschenden streben an, daß die Polizei nicht nur die Art und Weise, sondern auch den Inhalt von Demonstrationen direkt bestimmen

Fortsetzung auf S.14

Die "profil"-Interviews mit angeblichen "Chaoten" der Opernball-Demonstration:

W I R K L I C H E P R O V O K A T I O N ZUR KRIMINALISIERUNG JEDER KÄMPFERISCHEN AKTIVITÄT !

Am 19. Februar 1987 brannte die Steyr-Daimler-Puch-Zentrale in Wien nieder. Jedem Menschen, der nur ein Minimum an Hausverstand hat, drängt sich der Schluß auf, daß das Steyr-Gebäude, in dem sich der Großteil der Geschäftsunterlagen des Konzerns befand, von eben jenen hohen und höchsten Herren der Generaldirektion "heiß abgetragen" wurde, die alle Ursachen hatten, einen Nachweis ihrer finanziellen Transaktionen, Spekulationen, Bestechungen, Unterschlagungen usw. zu verhindern !

Das ist doch die große Lehre für all diese Herrn aus dem Fall VÖEST-Intertrading: Wie fein stünden sie doch da, wenn auch dort rechtzeitig an 6 Stellen bzw. in allen Etagen ein verheerendes Feuerchen ausgebrochen wäre !

* Die "Süddeutsche Zeitung" bemerkt auch, die Vermutungen darüber, daß "heiß abgetragen" wurde, würden auch

"von der Tatsache genährt, daß Steyr-Daimler-Puch die Zentrale für umgerechnet rund 100 Millionen Mark an eine englische Investoren-

Wie ungeheuerlich die ganze Sache zum Himmel stinkt, geht ja auch daraus hervor, daß die liebe Polizei - hier wirklich "Dein Freund und Helfer" ! -, die sonst jeden Semmeldieb mit modernster Technik und Riesenapparaten jagt, hier so rein garnichts findet, offenbar auch garnicht sucht, sondern schweigt und Gras drüber wachsen läßt ! Zur Vermutung, daß hier eben "heiß abgetragen" wurde, äußerte Wiens Polizeipräsident Reidinger: "Daran habe ich noch gar nicht gedacht" ! ("Süddeutsche Zeitung", 21.2.1987).*

Die hiesige Journalistin suchte ihrerseits das Wesentliche, Offenkundige zu vertuschen, die wahren Täter und Drahtzieher zu decken und zu schützen. In dieser Richtung gab es nicht die

Gruppe verkaufen wolle. Die Firma hatte den Verkaufserlös (der gleich hoch gewesen wäre wie der gesamte Vorjahrsverlust des Konzerns) zu ihrer Sanierung verwenden wollen. Das abgebrannte Haus war mit umgerechnet rund 57 Millionen Mark versichert." ("SZ", 21.2.1987)

geringsten publizistischen Ambitionen. Dagegen suchten die Lingers und Co. nach den Opernball-Ereignissen die Sache gleich auch noch zu einer wüsten Schauergeschichte über böse "Staatsfeinde" auszuschlachten und starteten zu diesem Zweck eine eindeutige Provo-kation, die man nicht unbeachtet lassen darf.

Unter der reißerischen Überschrift "Warum nicht Mord ? Warum nicht Brandstiftung ?" auf der Titelseite des Blatts werden zwei angebliche Gespräche mit "Chaoten" von der Opernball-demonstration präsentiert.

Um diese "Interviews" besonders "heiß" zu machen, werden sie mit größter Geheimnistuerei über äußerst komplizierte "Szenenkontakte" umgeben.

Das erste abgedruckte Gespräch mit "Vermummten" mag sogar in irgendeiner Weise wirklich stattgefunden haben. Doch ist dieses Interview garnicht entscheidend und maßgeblich, denn es dient in Wirklichkeit nur dazu, das zweite angebliche "Interview" glaubhafter erscheinen zu lassen und gewisse "Zusammenhänge" zu konstruieren. Die Gesprächspartner des ersten Interviews bezeichnen sich - laut "profil" - als "Autonome". Das zweite Gespräch wurde angeblich mit einer Einzelperson geführt. Und die "Sensation" der ganzen Geschichte ist nun:

"Der Interviewpartner, ein aus einem Nachbarland gebürtiger junger Mann, deutet unmißverständlich an, daß das Feuer in der Steyr-Zentrale aus der gleichen Ecke kommt." ("profil" Nr.10/1987).

Die Steyr-Brandstiftung stamme also von jenen "Chaoten", "Vermummten" oder "Autonomen", welche auch am 26.2.1987 den "Wirbel" vor der Oper veranstaltet hätten !

Ob die vom "profil" angeblich per Telefon besorgte Person nun wirklich existiert oder rein erfunden wurde, spielt für die Einschätzung dieser Provokation keine Rolle. Denn selbst wenn dieser "aus einem Nachbarland gebürtige junge Mann" existieren sollte, würde das lediglich besagen, daß er selbst ein Provokateur ist oder sich blindlings zum willfährigen Instrument der Provokation gemacht hat, sei es aus Wichtigtuerei oder sonstigen Gründen.*

Die Herstellung einer solchen "Verbindung" zwischen Anti-Opernball-Protesten und dem Steyr-Brand ist Bestandteil der verschärften Kriminalisierungskampagne der herrschenden

* Um die Brandstifter-These glaubhaft erscheinen zu lassen, enthält das zweite angebliche Interview ausgesprochen merkwürdige reaktionäre Blödsinne. So z.B. die Behauptung: "Wenn man auf die ideologische Diskussion verzichtet, macht man sich für das System auch nicht mehr so leicht angreifbar." In Wirklichkeit ist es natürlich gerade umgekehrt. Die Herrschenden würden sich freuen, wenn es keine ideologische Debatte zur Klärung der Fragen des Kampfes gäbe. Ohne ideologischen Kampf in den eigenen

Klasse gegen Antifaschisten und Revolutionäre, gegen jede aufkommende revolutionäre Arbeiterbewegung. Wem sie dient, zeigte sich nicht zuletzt am Sonntag, dem 5.4.1987, als Blecha in der ORF-"Pressestunde" dankbar auf das angebliche "profil"-Gespräch hinwies, als er nach den möglichen Urhebern des Brands in der Steyr-Zentrale befragt wurde.

* * *

Wenn wir dem Geschrei von der angeblichen "Provokation" durch "Gewalttäter" am 26.2.1987 vor der Wiener Staatsoper energisch entgegenreten, so bedeutet das selbstverständlich nicht, daß wir das Problem wirklicher Provokationen mißachten oder bagatellisieren. Seit ihren Anfängen ist die revolutionäre Arbeiterbewegung konfrontiert mit reaktionären Provokationen, um ihren Kampf und ihre Ziele in Mißkredit zu bringen, um die Handhaben zu schaffen, gegen sie vorzugehen und ihr vernichtende Schläge zu versetzen. Die Erziehung zur Wachsamkeit gegenüber reaktionären und faschistischen Provokationen, der Kampf zur Entlarvung und Vereitelung derartiger Provokationen, ist eine unerläßliche Aufgabe der Marxisten-Leninisten im Klassenkampf zur Organisation und Bewußtmachung des Proletariats und der anderen Werktätigen.

Die Provokationstätigkeit der Konterrevolution hat viele Erscheinungsformen. Das Einschleusen von Polizeispitzeln in die Reihen revolutionärer Parteien und Organisationen gehört ebenso dazu wie die Schaffung geeigneter "Anlässe", um gegen Demonstrationen, Streiks usw. vorzugehen. Das wohl bekannteste Beispiel einer großangelegten faschistischen Provokation ist das Anzünden des deutschen Reichstags 1933 durch die Nazis selbst. Georgi Dimitroff hat diese gegen die KPD und ihn selbst gerichtete Provokation im Leipziger Reichstagsbrandprozeß hervorragend entlarvt, indem er nachgewiesen hat, daß daran nur die Nazis selbst ein Interesse gehabt haben konnten, daß die Fäden dieser Provokation direkt zu Hitler und Göring selbst führten.

Es ist klar, daß die Herrschenden auch heute nicht auf das Mittel der Provokation verzichten, um gegen fortschrittliche und revolutionäre Kräfte vorzugehen. Deshalb müssen die Erfahrungen der internationalen revolutionären Arbeiterbewegung mit den Provokationen der Konterrevolution gründlich studiert werden, um für heute und morgen daraus zu lernen, um die Wachsamkeit und Bewußtheit auch in dieser Beziehung zu schärfen.

Reihen wäre auch die Entlarvung von Spitzeln und Provokateuren in den eigenen Reihen nahezu unmöglich, die "Tätigkeit" der Spitzel und Provokateure könnte jedoch weitgehend ungehindert vor sich gehen.

Aber in dem provokatorischen "Gespräch" dient solcher reaktionärer Mist hauptsächlich sowie so zur "Erklärung", warum die angeblichen "Chaoten", welche die Steyr-Zentrale angezündet hätten, keinerlei Erklärung dazu verlauten ließen.

Fortsetzung von S.12

kann. Laut Blecha sei ein "Fehler" der Bundespolizeidirektion gewesen, das am 26.2. nicht gemacht zu haben. Die Bundespolizeidirektion Wien hätte als "zuständige Behörde" vor dem 26.2. laut Blecha versuchen sollen,

"gemeinsam mit dem Veranstalter die Information der Bevölkerung über die unzureichenden Aspekte (!!) der Sozial- und Umweltpolitik zu d e t e r m i n i e r e n versuchen sollen" !! (Blecha am 4.3.1987 im Parlament).*

Das österreichische "Versammlungsrecht", das mit Einschränkungen, Willkürbestimmungen usw. nur so gespickt ist, steht bereits heute auf dem Niveau eines engstirnigen Polizeistaates. Doch nun soll dieses "Recht" noch weiter verkrüppelt und noch "schärfer" praktiziert werden. Es läuft darauf hinaus, daß zukünftig überhaupt nur noch Demonstrationen und Kundgebungen als "rechtmäßig" geduldet werden sollen, die dem Inhalt und der Form nach dem Geschmack der Polizei und ihrer Dirigenten entsprechen. So tönt es z.B. schon durch die Medien:

"Wer eine derartige Kundgebung (wie die vor der Oper, AdV) organisiert, haftet dafür, daß sie innerhalb der demokratischen Regeln verläuft. Kann der Veranstalter das nicht hundertprozentig (!!) sicherstellen, muß er auf die Kundgebung verzichten". ("Neue Volkszeitung", 28.2.1987)

Da natürlich niemand "hundertprozentig" garantieren kann, daß eine Kundgebung oder Demonstration unbedingt in dem Rahmen bleibt, den der Polizeiverstand als "demokratischen Regeln entsprechend" zu billigen bereit ist, sollte man wohl am besten überhaupt auf Kundgebungen und Demonstrationen verzichten ?!

* Scheinbar "ausgewogen" erklärte Blecha am 4.3.87 im Parlament, Fehler seien "auch auf Seiten der Polizei vorgekommen". Aber was sieht er als Fehler der Polizei an? Daß sie mit äußerster Brutalität über die Kundgebung hergefallen ist? Keineswegs, ganz im Gegenteil Fehler der Polizei seien es vielmehr gewesen, daß sie

"die Aggressivität radikaler Gruppen unterschätzt hat und von der Solidarisierung, das möchte ich betonen, weil es das gegeben hat, von der Solidarisierung friedlicher Demonstranten mit Gewalttätigen überrascht wurde."

Mit anderen Worten, die Polizei hat sich nach Dafürhalten Blechas noch als zu harmlos gezeigt !

MIT DER HETZE GEGEN "GEWALTÄTIGE DEMONSTRANTEN" SOLL JEDER WIDERSTAND NIEDERGEMACHT WERDEN !

Wenn die Herrschenden aus allen Rohren gegen angebliche "Gewalttäter" schießen, so tun sie es natürlich nicht wegen der vielbeschworenen "Gefahr", daß eine "kleine Minderheit" friedliche Demonstrationen "unterwandert", um "Ran-dale" zu machen. Wovor sie wirklich Angst haben, geht indirekt aus einigen bezeichnenden Details von Äußerungen des Polizeiministers hervor. Am 27.2. 1987 hetzte Blecha gegen Leute,

"die gegen unsere demokratische Ordnung und den Rechtsstaat - und ich sage noch einmal: nicht die Veranstalter, sondern kleine Gruppen - auftreten und eben Veranstaltungen, Demonstrationen dieser Art benützen, um sie um z u f u n k t i o n i e r e n. Und da ist es Aufgabe der Sicherheitskräfte, das zu verhindern."

Wenige Tage später war dieser Standpunkt dem SP-Polizeiminister offenbar schon viel zu "liberal" und er setzte den Akzent plötzlich ganz anders:

"N i c h t eine kleine Gruppe Vermummter hat eine friedliche Veranstaltung umfunktioniert, sondern Aggressivität und Provokation wurden von der Tribüne aus für jeden Kundgebungsteilnehmer sichtbar und hörbar unterstützt... Über Mikrofon wurden Parolen gegen Franz Josef Strauß und die Polizei verlautbart, so hat man über den Lautsprecher gerufen: 'Feuer und Flamme für diesen Staat...'... Diese Parolen wurden von vielen Demonstranten mit zustimmendem Gejohle begrüßt." (Blecha, am 4.3.1987 im Parlament)

Damit wird ganz klar, was die Herrschenden und ihr Polizeiminister als die eigentliche "Provokation" betrachten:

Erstens der Inhalt, jener nämlich, der sich gegen diesen Staat richtet, dem der Kampf angesagt wird.** Fortsetzung auf S.16

**Blecha erwähnt in seinem "Bericht" im Parlament unter anderem auch die Parole: "Feuer und Flamme für j e d e n Staat" neben der Parole "Feuer und Flamme für d i e s e n Staat". Blecha dürfte die letztere Parole mehr stören, richtet sie sich doch konkret gegen den heute

Fortsetzung der Fußnote auf S.16

"Grundsatz Erkenntnisse" des Verfassungsgerichtshofs zu Hainburg:

O DIE POLIZEI-PRÜGELEI GEGEN DIE AUDEMONSTRANTEN WAR "GESETZMÄSSIG" ! O DAS DEMONSTRATIONSRECHT IST IN ÖSTERREICH EIN ZWEITRANGIGES RECHT !

Die Erfahrungen in der Hainburger Au im Winter 1984/85 haben gezeigt, daß selbst äußerste Sanftheit und demonstrative "Gewaltlosigkeit" nicht vor Polizeiprügeln bewahren.

Viele, die noch vom Glauben an den "Rechtsstaat" erfüllt sind, haben angenommen, daß der brutale Polizeieinsatz in der Au im Widerspruch zu den Gesetzen und zur Verfassung dieses Staates steht. Manche haben deshalb auch beim Verfassungsgerichtshof dagegen geklagt.

Doch was ist dabei herausgekommen? Die jetzt vorliegenden "Erkenntnisse" des Verfassungsgerichtshofs besagen, daß der Polizeiprügelsatz dem Wesen nach richtig und legitim gewesen sei, denn grundsätzlich gelte:

"Der Einsatz physischer Gewalt durch die Exekutive ist zulässig."*

Im Falle der Hainburger Au bedient sich der Verwaltungsgerichtshof folgender "Argumentation", warum mit Polizeigewalt gegen die friedlichen Aubesetzer hätte vorgegangen werden müssen:

An oberster Stelle steht die "öffentliche Ordnung". Deren "Aufrechterhaltung" habe allemal Vorrang vor dem Recht auf Demonstrationsfreiheit.

In Hainburg sei die "öffentliche Ordnung" in Gefahr gewesen, weil "die Demonstranten Bauarbeiten verhindern" wollten. Ohne die Auflösung der Demonstration wäre "die Aufrechterhaltung der Ordnung und der Schutz der Rechte anderer" gefährdet gewesen. Folglich sei die Zerschlagung der Demonstration legitim und "die Beschwerdeführerin in ihrem Recht auf Versammlungsfreiheit nicht verletzt" ("Erkenntnis B 44/85-32").

Weiter. Da die Auflösung der Versammlung legitim gewesen sei, sei "damit der Einsatz physischer Gewalt zur Durchsetzung der Auflösung der Versammlung gesetzmäßig" gewesen.

Richtig und legitim sei auch gewesen, daß die "Auflösung der Versammlung" mit derartiger Brutalität und Menschenverachtung durchgeführt worden ist.

Die Polizei hatte in Hainburg bekanntlich eine Menschenmenge in Eiseskälte stundenlang eingekreist. Die Einkreisten hatten einen halben

* Alle Zitate aus den "Grundsatz Erkenntnissen" des Verfassungsgerichtshofs sind entnommen aus "profil" Nr.11/87.

Tag lang nur vor den Augen aller aufs Klo können. In ihrem "Grundsatz Erkenntnis B 80/85-18" wiesen die Verfassungsrichter die diesbezüglichen Beschwerden wegen Menschenrechtsverletzungen gemäß Artikel 3 der Menschenrechtskonvention mit der Begründung ab, diese Einkesselung sei während der Rodungsarbeiten zum Schutz von Menschen (!) und Eigentum notwendig gewesen. Dem fügten sie den Zynismus hinzu, daß "sich die Beschwerdeführer aus freien Stücken in der Stopfenreuther Au aufhielten, um dort gegen den geplanten Bau des Kraftwerks Hainburg einzutreten". Dafür hätten sie auch andere "Unannehmlichkeiten" auf sich genommen, weshalb kein Grund zur Beschwerde vorliege.

Auch der Einsatz des Gummiknüppels sei "zur Herstellung des gesetzlichen Zustandes durchaus zulässig" gewesen; und zwar in dem Maße, das "zur Herstellung des gesetzlichen Zustandes notwendig war". Einem Demonstranten wurden "eine Reihe gezielter Schläge auf den Kopf versetzt", "Schultern und Arme wurden offenkundig (erst) getroffen, als der am Boden Sitzende oder Liegende die Arme schützend über den Kopf hielt." Doch seien diese Schläge "nicht als Mißhandlungsabsicht und nicht als Ausdruck persönlicher Mißachtung zu qualifizieren" (als ob es darauf ankäme !). Der Verfassungsgerichtshof meint dazu nur lapidar, daß diese zusätzlichen Prügel "zur Herstellung des gesetzlichen Zustandes" in diesem Fall nicht mehr erforderlich gewesen seien ! Es handelte sich also sozusagen bloß um eine ein bißchen zu große Dosis eines heilsamen Medikaments. Es darf schon "ein bißchen mehr" sein - besser als zu wenig, meint offenbar das österreichische Höchstgericht.

Diese "Erkenntnisse" des Verfassungsgerichtshofs haben viele Menschen empört und sie sind wirklich empörend. Sie sind aber nur ein Spiegel der empörenden wirklichen Verhältnisse hierzulande. Diese "Erkenntnisse" stehen keineswegs im Widerspruch zur bürgerlichen Demokratie, sondern bringen ihr Wesen zum Ausdruck.

Was schert es das Höchstgericht des Staates, daß die "Bescheide" für den Baubeginn, für die Rodung in der Au selbst nach den Maßstäben der eigenen Gesetze dieses Staates nicht abgedeckt waren und sogar gerichtlich als nichtig erklärt wurden. Die bürgerliche "Ordnung" hat Vorrang, und was für die "Aufrechterhaltung" dieser "Ordnung" richtig und nötig ist, das bestimmen sie, die Herrschenden.

Zweitens, daß Parolen mit diesem "umstürzlerischen" Inhalt von vielen Demonstranten auch noch begrüßt wurden.

Gewiß, die Kundgebung hatte insgesamt eine vergleichsweise geringe Teilnehmerzahl. Umso bemerkenswerter ist im Grunde aber, daß bereits hier die Angst der herrschenden Klasse vor der revolutionären Gewalt des Proletariats und der anderen Unterdrückten so deutlich zum Vorschein kommt.

Die Herrschenden wissen genau, daß ihnen im Grunde nicht viel passieren kann, solange sich der Widerstand der Volksmassen im Rahmen ihrer Gesetze hält, jener Gesetze, die garantieren sollen, daß ihre Klassendiktatur gesichert ist. Sie wissen, daß ihre Macht solange nicht ernstlich gefährdet werden kann, solange der Kampf dagegen im wesentlichen "gewaltfrei" bleibt.

Wirklich gefährlich beginnt es für sie erst zu werden, wenn der Gedanke der Notwendigkeit der revolutionären Gewalt die Unterdrückten erfaßt. Deshalb tun sie alles, um die Idee der revolutionären Gewalt der Unterdrückten zu diskreditieren und in Acht und Bann zu schlagen. Deshalb hetzen sie mit allen Mitteln gegen die Revolutionäre als "kriminelle Gewalttäter", die es unbedingt "auszusondern" und unschädlich zu machen gelte. Ihr Geschrei gegen die Gefahr der "Unterwanderung" ist nur der haßverzerrte Ausdruck ihrer Angst davor, daß Revolutionäre, und besonders wirkliche Marxisten-Leninisten, den "Bazillus" des revolutionären Kampfes in die Massen tragen; daß es ihnen gelingt, sich aufs engste mit den kämpfenden Massen zu verbinden, um an ihrer Spitze, gestützt auf deren freiwillige und bewußte Unterstützung, den Kampf zur Zerschlagung dieses Ausbeutersystems und seines Staates voranzuführen.

* * *

Fortsetzung der Fußnote von S.14

in Österreich bestehenden Staat. Die erstere Parole, die sich gegen jeden Staat richtet, ist klar anarchistisch. Auch die Diktatur des Proletariats ist noch ein Staat, wenn auch einer von völlig neuer Art, nämlich ein revolutionärer Staat des ehemals unterdrückten Proletariats, der dafür benötigt wird, mit dem Kapitalismus und jeder Art von Ausbeutung Schluß zu machen, und der im Kom-

Im Grunde genommen ist auch der Zei-tpunkt für die Verstärkung der Hetze gegen die revolutionäre Gewalt keineswegs zufällig.

Die Zeiten werden härter, viel härter. Das Kapital und sein Staat führen den Kurs der verschärften "Sanierung", der kapitalistischen Rationalisierung durch. Das bedeutet für die Arbeiter und anderen Werktätigen drastische Verschlechterung der Lebenslage, Lohn- und Sozialabbau, Massenentlassungen und stark erhöhte Arbeitslosigkeit, begleitet von Erscheinungsformen zunehmender absoluter Verelendung aller Art.

Dieser Kurs läßt sich auf Dauer mit aller Konsequenz nur durchsetzen, wenn er einher geht mit der gleichzeitigen Verschärfung der politischen Unterdrückung. Denn die Herrschenden wissen sehr wohl, daß sich die Arbeiterschaft das alles auf die Dauer nicht gefallen lassen kann. Selbst ein Frischenschlager mußte im "Club 2" zum Thema Opernball feststellen: "Die Konflikte werden mehr und härter werden." Die Sachwalter des Kapitals wissen also, in welche Richtung sich die Zukunft entwickeln wird, sie wissen es leider heute noch besser als die meisten davon Betroffenen.

Das Kapital bereitet sich auf die früher oder später unvermeidlich kommenden Klassenkonfrontationen vor. Und dazu gehört eben entscheidend auch, die Ketten der Repression so anzuziehen, daß ein wirklich wirksamer Widerstand maximal erschwert wird.

Jedem fortschrittlichen Menschen muß klar sein, daß angesichts dieser Entwicklung jede Leisetreterei, jede opportunistische Anpassung die Sache nur verschlimmern kann. Es wäre ein gewaltiger Irrtum, anzunehmen, durch irgendeine "Distanzierung" von revolutionärer Gewalt "davonzukommen" oder durch besondere "Bravheit" mehr erreichen zu können. "Brav" ist gemäß der Demagogie des Kapi-

munismus schließlich selbst überflüssig werden, völlig absterben wird. Die Losung "Feuer und Flamme für jeden Staat" bringt in Wirklichkeit ein unrevolutionäres Herantreten an die Frage des Staates zum Ausdruck und hat reaktionäre Konsequenzen, weil sie sich gegen die revolutionäre Macht des Proletariats richtet. An anderer Stelle werden wir uns zu gegebener Zeit ausführlich mit anarchistischen Ideen und Einflüssen auseinandersetzen.

tals nur, wer sich sklavisch unter den Schlägen des Kapitals duckt und überhaupt keinen Widerstand leistet. Keinen Widerstand zu leisten bedeutet aber nur, die Lage noch zu verschlimmern, die Herrschenden zu immer größeren Raubzügen gegen die Werktätigen zu ermutigen.

Gegen die Kapitaloffensive, gegen die Verschärfung der Polizeistaatspraktiken usw. hilft nur die Verstärkung des Widerstands, die Verstärkung des Kampfes. Und für die wirklichen Revolutionäre, für die echten Marxisten-Leninisten gilt es, gegen alles "Gewalttäter"-Geschrei offensiv und

unnachgiebig daran festzuhalten und zu propagieren:

„Die Kommunisten verschmähen es, ihre Ansichten und Absichten zu verheimlichen. Sie erklären es offen, daß ihre Zwecke nur erreicht werden können durch den gewaltsamen Umsturz aller bisherigen Gesellschaftsordnung. Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. Die Proletarier haben nichts in ihr zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“

Proletarier aller Länder, vereint euch!

Karl Marx/Friedrich Engels

Das folgende originelle Flugblatt erhielten wir nach den Opernball-Ereignissen:

Stöße den Hütten! Krieg den Palästen!

Dieses Blatt soll dem österreichischen Volke die Wahrheit melden, aber wer die Wahrheit sagt, wird gehenkt; ja, sogar der, welcher die Wahrheit liest, wird durch neidische Richter vielleicht gestraft. Derum haben die, welchen dieses Blatt zukommt, folgendes zu beobachten:

- 1) Sie müssen das Blatt sorgfältig außerhalb ihres Hauses vor der Polizei verwehren.
- 2) Sie dürfen es nur an treue Freunde mitteilen.
- 3) Denen, welchen sie nicht trauen wie sich selbst, dürfen sie es nur heimlich hinlegen.
- 4) Würde das Blatt dennoch bei einem gefunden, der es gelesen hat, so muß er gestehen, daß er es eben auf die Wachtube habe hinbringen wollen.
- 5) Wer das Blatt nicht gelesen hat, wenn man es bei ihm findet, der ist natürlich ohne Schuld.

Im Jahre 1987 siehet es aus, als würde die Bibel Lügen gestraft. Es siehet aus, als hätte Gott die Bauern und Handwerker, die Arbeiter ohne Arbeit, die Entlassenen, die fremden Arbeiter, die Querdenker am fünften Tage, und die Politiker, Wirtschaftskapitäne und Vornehmen am sechsten gemacht, und als hätte der Herr zu diesen gesagt: "Herrschaft über alles Getier, das auf Erden kriecht", und hätte die Bauern und Bürger zum Gewürm gezählt. Das Leben der Vornehmen ist ein langer Sonntag: Sie wohnen in schönen Häusern, sie tragen zierliche Kleider, sie haben feiste Gesichter, tanzen auf Ballen und delectieren sich an Hochkultur, das Volk aber liegt vor ihnen wie der Dünger auf dem Acker.

Im Namen des Staates wird es erpreßt, die Presser berufen sich auf die Regierung, und die Regierung sagt, das sei nötig, die Ordnung in Staat und Wirtschaft zu erhalten. Was ist das denn nun für ein gewaltiges Ding, der Staat? Der Staat sind doch alle; die Ordner in

Staat sind die Gesetze, durch welche das Wohl aller gesichert wird, und die aus dem Wohl aller hervorgehen sollen- Seht nun, was man in dieser Republik aus diesem Staat gemacht hat; seht, was es heißt, die Ordnung im Staate erhalten! - Seht nach Heimbürg, seht nach der Oper! Wer sind denn die, welche diese Ordnung gemacht haben und die wachen, diese Ordnung zu erhalten? Das ist die Bundesregierung. Die Regierung wird gebildet vom Kanzler und seinen Ministern. Die anderen Beamten (ihrer Anzahl ist Legion) herrschen - und ernennen das Volk zur Knechtschaft. Sie haben die Mühe, sich von euch füttern zu lassen und euch eure Menschen- und Bürgerrechte zu rauben.

Das Ministerium für Inneres Und Gerechtigkeitspflege: Diese Gerechtigkeit ist nur ein Mittel, euch in Ordnung zu halten, damit man euch bequemer schinden. Klagt einmal, daß ihr den Willen einiger Fettwänste überlassen seid, und daß diese Willkür Gesetz heißt, klagt über eure verlorenen Menschenrechte: Wo sind die Gerichtshöfe, die eure Klage annehmen, wo die Richter, die Recht sprechen?

Die Polizei, das Militär: Eure Söhne kriegen einen grünen Rock auf den Leib, einen Schild, einen Knüttel, eine Wasserspritze. Sie müssen den Tyrannen schwören und Wache halten an ihren Palästen und Theatern. Mit ihren Megaphonen übertönen sie eure Seufzer, mit ihren Knütteln zerschmettern sie euch den Schädel, wenn ihr zu denken wagt, daß ihr freie Bürger seid. Sie sind die gesetzlichen Mörder, welche die gesetzlichen Räuber schützen. - Denkt an die Oper!

Ha! Ihr wärt Obrigkeit vor Gott?

Gott spendet Segen aus;

ihr raubt, schindet, kerkert ein,

ihr nicht von Gott, Tyrannen!

Seht an das von Gott gezeichnete Scheusal, den König von Bayern und seine Vasallen; den Gotteslästerer, der redliche Männer vor seinem Bilde niederzuknien zwingt, und die, welche die Wahrheit bezeugen, durch meinedige Richter zum Kerker verurteilen läßt! Das Schwein, das sich in allen Lasterpfützen wälzt, den Wolf, der sich für seinen Atom-Hofstaat immer jährliche Milliarden durch meinedige Landesstände verwilligt läßt, und fragt dann: "Ist das eine Obrigkeit von Gott, zum Segen verordnet?"

Die Grüne Mark, im Luftkampf zerstört von oben,
das tyrolische Land, ausgehöhlt von unten,
die Flüsse und Bäche eingepfercht zwischen Mauern, keine jungfräuliche
Wälder mehr,
die Wälder und ihr selbst erstickt durch giftige Dämpfe, die ihren
Bäuche entföhren,
die Arbeiter entlassen, die Bauern entrechtet, die Handwerker ersetzt
durch Hüllenmaschinen?
Ihre neuen Götzen setzten sie euch ans Genick:
Marktwirtschaft und Völlerei zur tödlichen Bedrohung eurer selbst
und unzähliger Menschen in fernen Ländern,
militärische Stärke und staatliche Gewalt, euch niederzuhalten auf
den Knien.

Sowenig ihre Bäuche noch weiterwachsen können, ohne daß sie platzen,
sowenig werden die Schandtaten dieser Politiker noch wachsen können.
Ihr Maß ist voll. Der Herr wird ihre Körper zerschneiden, und in
Österreich wird dann Leben und Kraft als Segen der Freiheit wieder
erblühen.

Impressum: Georg Büchner & Ludwig Weidig, Darmstadt, im März 1834
außer: - -

Die "Grünen" und die Opernball-Ereignisse:

Schändlicher Kniefall vor den Herrschenden!

Nach den Anti-Opernballprotesten brach ein großes Geschrei gegen die "Grüne Alternative" aus, welche die Kundgebung behördlich angemeldet hatte. Unter dem Beifall auch von Abgeordneten der SPÖ und ÖVP tönte z.B. FPÖ-Obmann Haider im Parlament, die "Grünen" müßten in den nächsten Wochen und Monaten erst noch beweisen, daß sie es ernst meinen mit dem "Rechtsstaat" und dergleichen mehr.

Warum diese Kampagne gegen die "Grünen" nach dem 26.2.? Der Polizeiüberfall auf die Kundgebung und die nachfolgende Hetze hatten und haben eindeutig gerade auch die Funktion, den "Grünen" das Gruseln zu lehren. Und das ist den Herrschenden in Bezug auf die "grünen" Parlamentarier und Spitzenfunktionäre jedenfalls gründlich gelungen. Praktisch in jeder Beziehung machten sie einen erbärmlichen Kotau vor den Herrschenden und stimmten eifrig in das Geschrei gegen die "linkslinken Provokateure" ein. Nehmen wir nur einige Beispiele:

■ Die "Kronenzeitung" hetzte: "Provokateure mischten sich unter Demonstranten. Dadurch kam es zur Straßenschlacht mit Polizei." (28.2.). Die "Grüne" Obfrau Meissner-Blau "bestätigte" das:

"Unter den friedlichen Demonstranten haben ein paar autonome Elemente (!) die Polizei provoziert." (Pressekonferenz der "Grünen", 27.2.1987)

Ein ausgesprochener Liebesdienst zur Unterstützung der Lügen der Herrschenden, die das auch gleich als Wahrheitsbeweis hernehmen:

"Die Veranstalter - die 'Grünen Alternativen' - gaben zu, daß eine Gruppe von etwa 20 Vermummten die Konfronta-

tion mit der Polizei suchte. Dadurch kam es zur Straßenschlacht in der Wiener Innenstadt." ("KZ", 28.2.1987)

Diese denunziatorischen "Bestätigungen" der Frau Meissner-Blau, die ja überhaupt nicht dabei war am 26.2.*, gingen bis zu der verleumderischen Behauptung:

"Einzelne haben auch Sprays gehabt" (Pressekonferenz, 27.2.1987).

■ Die Herrschenden ließen über ihre Medien giftigen, die "Provokateure aus der linkslinken Szene" (übrigens auch ein beliebter Meissner-Blau-Ausdruck dieses "links-links") müßten isoliert und unschädlich gemacht werden. - Meissner-Blau stimmte voll in diesen Chor ein (vgl. dazu das nachfolgend abgedruckte Flugblatt der MLPÖ in dieser Nummer).

■ Die Herrschenden hetzten wie wild gegen die "Gewalttäter", welche den "Rechtsstaat" und die "Ordnung" gewalttätig destabilisieren und beseitigen wollten. Da standen die "Grünen" nicht an zu beteuern:

"Wir Grüne bekennen uns zur Gewaltfreiheit... Wir Grüne bekennen uns zur Rechtsstaatlichkeit Österreichs." ("Versuch einer Selbstkritik" des Landesvorstands Wien).

Der "Grüne"-Abgeordnete A. Wabl gab in der Parlamentsdebatte über die Opernball-Ereignisse eine unterwürfige Ergebniserklärung gegenüber dem bürgerlichen Staat ab:

"Das Gewaltmonopol des Staates ist für uns zweifelsfrei nicht anzutasten. ... Der Rechtsstaat ist für uns unverbrüchlich. Wir werden die Verfassung beachten..."

* Diese denunziatorischen Sprüche Meissner-Blaus sind sogar einigen Leuten im Umkreis der "Königin" zuviel geworden und sogar auf Meissner-Blaus Pressekonferenz am 27.2.87 gab es Stimmen gegen solche "zweifelhaften Statements", besonders als Meissner-Blau schon abgezogen war (!).

Überhaupt ist die verunglimpfende, spalterische und hetzerische Haltung der "grünen" Spit-

zenpolitiker auch bei der Anhängerschaft der "Grünen" auf Widerspruch gestoßen und hat vielfach regelrechtes Entsetzen ausgelöst. Meissner-Blau, Sticht und andere haben darauf mit windelweichen Manövern reagiert, welche in der Tat ihre üble Haltung zumeist nur noch deutlicher werden ließen. (Vgl. Meissner-Blaus "Rechtfertigung" im "profil"-Leserbrief, die hier in dieser Nummer behandelt wird.)

■ Gegenüber dem Geschrei diverser Reaktionen, wie die "Grünen" als parlamentarische Kraft denn dazu kämen, außerparlamentarische Aktionen wie am 26.2. vor der Oper zu unternehmen, macht Wabl den feigen Rückzieher:

"Die außerparlamentarische Opposition besteht darin, daß wir hier im Parlament (!) Opposition machen und 'draußen' das machen müssen, was hier in diesem schwerfälligen Apparat nicht geht." (Rede Wabls im Parlament am 4.3.1987).

Die außerparlamentarische Opposition findet... i m Parlament statt, lediglich ergänzt um Aktionen "draußen", die drinnen halt nicht gehen. Die Bourgeoisie kann sich für dieses originelle Bekenntnis zum parlamentarischen Kretinismus bedanken!

■ Und auf die "Kritik" der Reaktion, daß die "Grünen" bei ihrer Aktion "draußen" vor der Oper die "Provokateure" in ihrer Umgebung, bei ihrer Kundgebung toleriert und damit faktisch geschützt hätten*, entgegnete Sticht, der die Kundgebung am 26.2.87 mit angemeldet hatte, doch tatsächlich:

"Das Problem ist so, daß diese kleinen Gruppen in der Menge untertauchen und faktisch die Konfrontation mit der Polizei suchen. Es ist sehr schwer, sie zu isolieren." (Sticht bei der "grünen" Pressekonferenz am 27.2., "Mittagsjournal", 27.2.87)

■ Auf der anderen Seite unterstützen die "grünen" Politiker voll die bürgerliche Demagogie zur Verschleierung der wirklichen Funktion der Polizei als Unterdrückungsinstrument der Herrschenden. Sie stimmen in den Chor ein, daß die Polizei eigentlich friedlich sei, wenn sie nicht "gereizt" werde, und selbst dann entstünde brutale Ge-

* Allerdings haben es außer Srb alle anderen Nationalratsabgeordneten der "Grünen Alternative" vorgezogen, bei der Aktion "draußen" vor der Oper nicht zu erscheinen (Pilz sei krank gewesen). Sticht rechtfertigte das mit dem "Argument", man habe sie "nicht eingeladen" (vgl. "akin" 7/87). Offensichtlich sind diese Leute schon so auf ihren Parlamentssesseln fixiert, daß sie schon spezielle "Einladungen" für Veranstaltungen brauchen, die ihre eigene Organisation angemeldet hat. Offenbar schätzen die Herrschaften das als Veranstaltungen für das "Volk draußen" ein, die die edlen Leute im "Hohen Haus" nicht zu interessieren brauchen.

Srb war der einzige "grüne" Abgeordnete bei der Anti-Opernball-Kundgebung. Srb, der aufgrund einer Lähmung einen Rollstuhl benutzen muß, war während der ganzen Kundgebung Augenzeuge der Polizeiagressionen und Attacken und äußerte bei der großangelegten Polizeiprügellatke gegenüber dem ORF, daß dies eine "wahnsinnige Sauerei" und Österreich ein "Polizeistaat" ist. Das genügte, um eine ganze Flut von Schmähungen und Beschimpfungen des "grünen" Mandatars auszulösen. Am nächsten Tag erhielt Srb z.B. das nachfolgende Telegramm der "Kameradschaft der Exekutive Österreichs im Landesausschuß Wien", in deren Zeitung "Die Exekutive" auch immer wieder Blecha und andere "hohe" Politiker zu Wort kommen:



In der Nacht des 26.2., als Srb über den ORF von "Polizeistaat" sprach, lief bei Srb zuhause das Telefon mit anonymen Schmäh- und Drohanrufen heiß. Srbs Frau, die aufgrund ihrer Behinderung ebenfalls auf den Rollstuhl angewiesen ist, berichtet:

"Das Telefon läutete fast pausenlos hintereinander - ca. 20 mal. Ich wurde anonym beschimpft: 'Hure des Nationalrates, liegst du schon im Bett? Solltest Du einmal Polizeischutz wollen, werden wir dir die Haxen brechen'. Ich wurde in meiner Existenz bedroht: 'Wir wer'n euch die Wohnung und den Aufzug anzünden, dann kommt der Trottel nimmer ins Parlament!'" (Annemarie Srb, "akin" 7/87).

Offensichtlich kommen diese Morddrohungen aus den Reihen der Polizei, d.h. jener, welche auch das "Telegramm" schickten.

Allerdings war dann von der unmittelbaren persönlichen Empörung Srbs vom 26.2. sowie von seiner persönlichen Betroffenheit in Srbs Rede im Parlament kaum mehr was zu spüren, was womöglich weniger an Srb persönlich liegt, sondern an der leisetretterischen, staatstreuen Politik der "Grünen Alternative" im allgemeinen und der "grünen" Parlamentarier im besonderen.

walt nur durch solche "schwarzen Schafe" wie die Einsatzleiter Neugeborn und Zander. Über die Sticht erklärte:

"Diese beiden Herren sind die Drahtzieher und Hauptverantwortlichen der Auseinandersetzung vor der Oper, dies muß man Innenminister Blecha ein für allemal klar machen... Diese Leute innerhalb der Polizei gehören isoliert.. Wir... werden Anzeige erstatten, dies dürfte Innenminister Blecha eine vorläufige Enthebung vom Dienst dieser zwei Einpeitscher erleichtern." (Sticht, in "akin", Nr.7/87)

Sticht und Leute seinesgleichen sind damit ebenso "radikal" wie etwa das "Neue Volksblatt", das ebenso erklärte: "Diese Typen gehören zweifellos weg." (28.2.1987). Die "Extremisten" auf beiden Seiten müßten isoliert werden, dann sei alles in schönster Ordnung...

Es ist eine ungeheuerliche Schiebung, die da von "grünen" Führern gemeinsam mit dem Dichant-Blatt betrieben wird, um die wahren Hauptverantwortlichen zu decken, Rolle und Charakter der Polizei sowie der Regierung zu vertuschen, alle Verantwortung auf ein paar Kreaturen der mittleren Führung abzuschieben. Daß diese Kreaturen erbärmliche, zu jeglicher Drecksarbeit im Dienste der Herrschenden fähige Bluthunde sind, ist offensichtlich, aber die Frage ist doch, wer sie eingesetzt hat, wer sie befiehlt, wer sie auf die Menschen losläßt!

Angesichts all dieser widerwärtigen Kottaus "grüner" Politiker und Politikerinnen vor den Herrschenden fragt sich natürlich, w a s eigentlich diese "Grünen" am Polizeiüberfall am 26.2. so erregt hat, den ja nach ihrer eigenen Darstellung eigentlich provokatorische "Unterwanderer" erst möglich gemacht hätten. Die "Grünen" sind tatsächlich über den brutalen Polizeiprügelleinsatz empört. Sie haben auch Augenzeugenberichte darüber zusammengestellt usw. Aber was sie wirklich stört, darüber gab der "grüne" Staatsanwalt Geyer in der Parlamentsdebatte über die Opernballereignisse Aufschluß. Geyer stellte dem Polizeiminister die Frage:

"Halten Sie es für richtig und finden sie es für notwendig, daß gegen alle

Demonstranten vorgegangen wird. Ist es richtig, wenn in Stadion ein Teil der Zuschauer gewalttätig würde, daß gegen alle Zuschauer vorgegangen wird? Gibt es für sie bei einer Demonstration eine Sippenhaftung, die jeden einbezieht, der nur dabei ist?" (Geyer, am 4.3.1987 im Parlament).

Die selbe Argumentation brachten zuvor auch schon Meissner-Blau und danach Peter Pilz vor (letzterer im Audimax der Uni Wien am 17.3.87). Diese "grünen" Politiker stimmen also völlig zu, daß gegen militante Demonstranten mit Polizeigewalt vorgegangen werden müsse. Prügelt doch ruhig die militanten Demonstranten, prügelt doch ruhig alle "linkslinken", alle revolutionären Elemente, tut solcherart doch ruhig eure "Pflicht" - sagen die "grünen" Führer zur Polizei -, aber bitte sorgt besser dafür, daß diese Prügel nicht auch so "loyale", "friedlich-gewaltlose" Kräfte wie uns treffen!

Dies wird auch durch die folgende reaktionäre "Argumentation" von Meissner-Blau mit aller Deutlichkeit bestätigt. Das Magazin "profil" hatte sich in seiner Nummer 11/87 auf Meissner-Blau bezogen, die gefordert hatte, man müsse die "Provokateure" isolieren und aussondern. Als die Zeitschrift das so auslegte, daß Meissner-Blau eine Einkesselung wie 1984 in der Hainburger Au für angebracht hält, wies die "grüne" Obfrau das mit folgenden Worten in einem Leserbrief im "profil" zurück:

"Der Vergleich ist grotesk, böswillig und eine Umkehrung der Tatsachen. In Hainburg handelte es sich um eine absolut gewaltfreie Besetzung zur Rettung der Au, während sich bei der Opernball-Demonstration einige (12?, 15? - wie viele davon Provokateure?) Störenfriede, denen es laut Beobachtern (!) nicht um die Wiederaufbereitungsanlage, sondern vor allem um den inszenierten Wirbel ging, unter die friedlichen Anti-Wackersdorf-Demonstranten gemischt hätten. Es wäre ein leichtes gewesen, im Einvernehmen mit den Veranstalter Gewalthandlungen dieser kleinen Gruppe zu verhindern. Doch der Versuch wurde gar nicht unternommen, man prügelte lieber wahllos auf Passanten und Demonstranten ein." ("profil" Nr.12/87).

Fortsetzung auf S.23

TROTZKISTISCHE SCHÜTZENHILFE FÜR MEISSNER-BLAU UND CO.

Die Ereignisse um den Opernball 1987 gaben auch einmal mehr Anschauungsunterricht darüber, was die Trotzlisten sind, was Trotzismus bedeutet.

Während auch bei der "grünen" Basis, unter der Anhängerschaft der "Grünen Alternative" zum Teil echte Empörung über die denunziatorische Hetze Meissner-Blaus, Stichts und anderer "Grünen" herrschte, standen die "SOAL"-Trotzkisten (ehemalige "GRM") nicht an, der Grünen-Führung die Mauer zu machen. Sie geraten in regelrechte Euphorie darüber,

"wie souverän und bravourös die Grüne Alternative als ganze diese Feuerprobe bestanden hat" ("die linke", Nr.5/87, S.2).

"Goldrichtig" sei die "coole Antwort" etwa des "grünen" Staatsanwalts Geyer an Blecha im Parlament gewesen: wenn 500 Polizisten gegen 500 Demonstranten losgehen, wie glaubwürdig seien dann 13 verletzte Polizisten und 1 verletzter Demonstrant? - Daß der selbe Geyer in der selben Rede den Polizeiminister und die von ihm befehligte Exekutive aufgefordert hat, ähnlich wie im Fußballstadion gegen "Rowdies" auf Demonstrationen gegen sogenannte "Chaoten" vorzugehen, stört die SOAListen dabei nicht im geringsten. Kommentarlos werden die staatstreuen Kniefallreden von Geyer, Wabl, Srb und Pilz in dem vom Innenministerium subventionierten Trotzlistenblatt abgedruckt.

Natürlich, wird dort verschämt angemerkt, habe es bei den Reaktionen der "Grünen" auch "Schattenseiten" gegeben, wie das Eingehen auf das Polizeimärchen von den "einigen wenigen radikalen Provokateuren". Aber das tut der Begeisterung der Trotzlisten keinen Abbruch. "Schattenseiten", wo gibts die nicht?

Die SOAL-Trotzkisten preisen die "Grüne Alternative" nunmehr überhaupt als die Alternative in der heutigen Situation und streben dort die Mitarbeit an. Zwar gebe es noch "konkrete Schwachpunkte im Programm" der "Grünen Alternative", doch seien ihre Forderungen und Aktionen "durchwegs fortschrittlich und links von der SPÖ anzusiedeln". Ziehe man Bilanz, "so war das bisherige Auftreten der Grünen sicherlich geprägt durch erstaunlich militante Aktionen" (!) ("die linke", 5/87, S.11). Auf diese Weise helfen die Trotzlisten aktiv mit, den zutiefst bürgerlichen und vielfach offen reaktionären Kurs dieser Partei zu vertuschen und "interessant" zu machen.

Da die "Grünen" heute bereits "eine Anlaufstelle für Kräfte und Bewegungen geworden (sind),

die sich als antimilitaristisch, antikapitalistisch usw. verstehen", wittern die SOAL-Trotzkisten die Möglichkeit, durch Eintritt in diese Partei "erstmalig in einem größeren und gesellschaftlich relevanten Rahmen politisch zu agieren" (ebenda). Gleichzeitig machen sie sich selbst bei den "Grünen" interessant als eine Kraft, "die politisch geschult und erfahren" ist (ebenda), also zur Bildung des Kaderstamms der "Grünen" beitragen könne.

Der von der SOAL angestrebte Eintritt in die "Grüne Alternative" ist grundsätzlich nichts neues, sondern entspricht der trotzkistischen "Linie" des "Entrismus" in andere Parteien. Traditionell ist die reaktionäre Sozialdemokratie bevorzugtes Betätigungsfeld des Trotzkismus, wie zum Beispiel in England. Auch hierzulande richtete sich die Aktivität der SOAL-Trotzkisten, aber auch anderer Gruppen trotzkistischer Couleur bisher auf die SPÖ, welche als "bürokratische Arbeiterpartei" hingestellt wird, die man mit der ÖVP oder FPÖ nicht auf eine Stufe stellen könne. Nunmehr sehen sie verstärkt die Möglichkeit, auch unter den "Grünen" im Trüben zu fischen. Zunächst geschah das insbesondere durch die Unterstützung der GAL-Kandidatur in Wien "gegen" Meissner-Blau (ohne darauf zu verzichten, außerhalb Wiens zur Wahl Meissner-Blaus, ja sogar der SPÖ und "K"FPÖ aufzurufen!). Jetzt, da die GAL nach ihrer Wahlschlappe "keine weitergehende Bedeutung mehr" ("die linke" 5/1987) habe, wird umgesattelt und überhaupt mehr auf das Pferd der "Grünen Alternative" gesetzt. Als "Begründung" wird angeführt, "daß momentan kein Platz und keine Unterstützung für ein prononziertes linkes, ökosozialistisches Projekt ist" (eb.).

Die Trotzlisten haben wirklich keine Hemmungen, sich in jeder beliebigen Weise der jeweiligen Situation "anzupassen", denn irgendwelche Prinzipien sind dem Trotzkismus fremd. Es ist eben so wie Lenin über Trotzkis und den Trotzkismus sagte: Er tückt, spekuliert, gibt sich als "Linker" und hilft den Rechten, wo er nur kann.

Es ist und bleibt eine wichtige Aufgabe der Marxisten-Leninisten, den konterrevolutionären Charakter des Trotzkismus und der trotzkistischen Organisationen, die Schädlichkeit und Verderblichkeit einer jeden Zusammenarbeit fortschrittlicher Kräfte mit den Trotzlisten aufzuzeigen und anhand der praktischen Schandtaten und der gesamten Geschichte der trotzkistischen Verrätereien zu entlarven.



Fortsetzung von S.21

Meissner-Blau ist also voll dafür, daß gegen sogenannte "Störenfriede" mit Polizeigewalt vorgegangen wird, und sie bietet dazu auch die Zusammenarbeit an.

Im Grunde will Meissner-Blau nichts anderes als das, was Blecha in der Parlamentsdebatte als Richtlinie für die Zukunft ankündigte, nämlich:

"1. Konfrontationen und Eskalationen sind unter allen Umständen zu vermeiden. 2. Zwischen friedlichen und gewalttätigen Störungen muß unterschieden werden (sic!), und 3. Durch gezielte Steuerung polizeilichen Zwanges und ein geschicktes Krisenmanagement, scharfes Vorgehen gegen gewalttätige Demonstranten, eher sanfte Reaktion auf formale Rechtsbrüche ohne physische Gewaltanwendung muß eine Friedenssicherung herbeigeführt werden." (Blecha, am 4.3. im Parlament).

Damit wird, zumindest den Worten nach, der Kritik der "Grünen" entsprochen, nämlich: Nicht "ungezielter" polizeilicher Zwang, der breit über alle Demonstranten die Polizeiprüge verteilt, sondern nur "gezielte" Prügeleien gegen die "gewalttätigen Störungen", "scharfes Vorgehen" nicht gegen alle Demonstranten, sondern nur gegen die "gewalttätigen" darunter bzw. gegen jene, die die Herren Neugeborn, Zander und Co. für "gewalttätig" halten.

Und die "Grünen", was werden sie selbst in dieser Hinsicht tun? Es ist ganz klar, daß Leute mit einer solchen Einstellung das Vorgehen der Polizei gegen Militante, Revolutionäre, darunter Marxisten-Leninisten, direkt und indirekt unterstützen werden.

Zum einen wollen die "Grünen" zukünftig stärker beschwichtigend auf sogenannte "Störenfriede" einwirken, "auf sie in Richtung Unterlassen dieser Aktionen einwirken" ("Versuch einer grünen Selbstkritik" des Landesvorstands Wien, März 1987). - Es läßt sich schon voraus-

* Im "Club 2" über die Opernballereignisse wurde an Peter Pilz die Frage gestellt, was die "Grünen" künftig in einem Fall wie vor der Oper machen würden, wo es angeblich zu Provokationen durch "Gewalttäter" gekommen sei. Pilz antwortete darauf, daß sie erstens beschwichtigend auf diese Leute einzuwirken versuchen werden, zweitens aber, falls dies nichts bewirke, würden sie in solch einem Fall von sich aus die Kundgebung für aufgelöst er-



Nach 100 Tagen im Nationalrat wertete es Meissner-Blau als Erfolg, daß ihre Fraktion das Parlament "lebendiger" gemacht habe. D.h. sie ist stolz darauf, parlamentarische Illusionen zu nähren.

sagen, daß es hier keineswegs gegen irgendwelche aberwitzigen "Provokationen" geht, sondern vielmehr um das Abwiegeln jeglicher kämpferischen Aktion, jeder militanten Aktivität z.B. auch gegen Faschisten.

Zum anderen wollen sie aber noch weiter gehen. Sie wollen nämlich dort, wo sie Kundgebungen und Demonstrationen behördlich anmelden, diese Position ausnützen, um das Teilnehmerverhalten zu diktieren:

"Auch wenn die Aktion von vielen Gruppen getragen wird, hat die Anmeldung nicht nur formalen Charakter. Die Veranstalter müssen auch Einfluß auf den Ablauf der Aktion nehmen und in den Vorbereitungssitzungen darauf beharren, dies auch tun zu dürfen. Nicht (?) um die Arbeit der Polizei zu tun, sondern um dem Willen der Mehrheit der Kundgebungsteilnehmer nach friedlichem Ablauf und Vermittlung der politischen Inhalte zu dienen. Selbstkritisch stellen wir fest, daß auch wir dieser Verantwortung am 26. Febr. vor der Oper zu wenig Rechnung getragen haben." ("Versuch einer grünen Selbstkritik" des Landesvorstands Wien)*

klären. (Vgl. dazu auch die Erklärung von Pilz über "Gewalt, Polizei und Ignoranz", abgedruckt im "akin" Nr.13/87, wo er sich für "Selbstauflösung der Demonstration" ausspricht im Falle "sinnloser Gewalt von Demonstranten".)

Das bedeutet, daß die "Grünen" dann, wenn es "brenzlig" wird, die Verantwortung (die sie zuvor monopolartig beanspruchen!) abgeben, ... und den Rest übernimmt dann die Polizei!

Auch in dieser Hinsicht wollen die "Grünen" also voll der "Kritik" Blechas und den Wünschen der Herrschenden entsprechen und eine disziplinierende "Ordnungsfunktion" übernehmen.

Hier sind wir auch an dem Punkt, wo deutlich wird, worauf die Hetze der etablierten bürgerlichen Politiker und der Medien abzielt.

Das Auftreten der "Grünen" hat für die Herrschenden bis zu einem gewissen Grad einen unerwünschten Aspekt: Um Leute, die sich von den traditionellen bürgerlichen Parteien angewidert abwenden, an sich binden zu können, sind die "Grünen" gezwungen, bestimmte Aktivitäten zu setzen, darunter auch solche des "bürgerlichen Ungehorsams", was bedeutet, daß sich vorhandene "Unruhe" und Unzufriedenheit artikuliert. Wie kann erreicht werden, daß dieses Auftreten der "Grünen" den Widerstand letzten Endes nicht verstärkt, sondern kontrolliert und einbremst bzw. in Bahnen lenkt, welche für die Herrschenden harmlos bleiben? Das ist das dahinter stehende Problem, und darauf zielt die ganze Sache ab. Die "Grünen" sollen möglichst rasch und zuverlässig auf eine solche Rolle als Auf-

fangbecken für Unzufriedene festgelegt werden, das direkt und indirekt von den Herrschenden und ihrer Polizei kontrolliert werden kann. Die "Grünen" sollen maximal eine abwieglende und den Widerstand spaltende Funktion übernehmen, um Protestpotential an sich zu binden und gleichzeitig zu kastrieren. Wer sich aber nicht einbinden läßt, der oder die sind sozusagen vogelfrei und als "Gewalttäter" zum Abschluß freigegeben.

Man kann jetzt schon sagen, daß die "grünen" Führer an der Aufgabe, die sie damit übernehmen wollen, früher oder später scheitern werden. Denn das ist das auf Dauer unlösbare Dilemma jeder demagogischen "Opposition": sie muß, um bei der Masse der Unzufriedenen Anhang zu gewinnen, Bewegungen und Entwicklungen auslösen, die sie eines Tages nicht mehr zu beherrschen vermag und gegen die sie sich schließlich selbst stellen muß - um den Preis weitgehender Selbstenttarnung. Das geht zwar nicht automatisch und im Selbstlauf vor sich, aber es geht vor sich, umso gründlicher und rascher, je mehr sich revolutionäre Kräfte entwickeln, konsolidieren und in die Auseinandersetzungen einschalten.

Die "K"PO und die Opernball-Ereignisse:

Beschönigung und Inschutznahme des bürgerlichen Staatsapparats!

Die Abwiegelei jeder kämpferischen Aktion durch die "K"PO-Ordner unterscheidet sich dem Wesen nach überhaupt nicht von jener der "Grünen". Nur haben die Muhri und Konsorten vor der Oper eine unvergleichlich geringere Rolle gespielt.

Die "K"PO kolportierte ebenfalls den "Verdacht", "es könnte eine direkte Zusammenarbeit von Polizei und Provokateuren geben" ("Volksstimme", 28.2.1987) und zitiert auch kommentarlos die reaktionäre Hetze von Meissner-Blau, die Polizei müsse "in Hinkunft Gewalttäter isolieren" ("Vst", 1.3.1987).

Bezeichnend ist nun, daß die Muhri-Revi-

sionisten im nachhinein alles mögliche taten, um die wirkliche Funktion des bürgerlichen Staatsapparates und seiner Polizei, die wirklichen Klassenverhältnisse in Österreich zu vertuschen. So prangte am 28.2.87 auf der Titelseite der "Volksstimme" groß die Überschrift:

"Strauß bringt seine Methoden mit".

Im Blattinnern wendet sich die "K"PO "gegen den Import bayerischer Polizeimethoden", gerade so, als ob Polizeiprügeleien ursächlich gar nicht in den Klassenverhältnissen hierzulande wurzelten und Österreich sozusagen wesensfremd seien. Glaubt man der "K"PO, so

war der Polizeiprügeleinsatz am 26.2. auch nicht von den Herrschenden hierzulande und ihren Sachwaltern kommandiert, sondern hatte gleichsam polizei-autonome Ursachen, geschah womöglich sogar entgegen den Wünschen und Absichten Blechas. In einem gemeinsamen Flugblatt von "K"SV und "K"JÖ heißt es denn auch:

"Wir fordern Minister Blecha auf zu untersuchen, welche Ursachen in den Reihen der Polizei zum bürgerkriegsartigen Vorgehen geführt haben. Wenn der Innenminister und der Polizeipräsident Reidinger nicht in der Lage sind, diese aufzudecken, um solche Ausschreitungen künftig zu verhindern, tun sie der Demokratie (!!) den besten Dienst, wenn sie zurücktreten!"

Was sind nun diese "Ursachen in der Polizei"? Dazu heißt es in der "Volksstimme" am 28.2.:

"Uns sind Polizistensprüche wie 'Laßt gleich das Gas eine' zu Ohren gekommen, die auf eine gewollte Eskalation und faschistische Elemente im Polizeiapparat schließen lassen."

Natürlich gibt es gerade in der Polizei faschistische Typen, aber das ist erstens kein Zufall, sondern kennzeichnend, und es ist zweitens nicht der Grund für die Brutalität der Polizei! Hinter der Darstellung, es seien bloß ein paar faschistische Einzelgänger, die das hehre Bild der Blecha-Polizei beeinträchtigten, steht ja in Wirklichkeit nichts anderes als die reformistische und revisionistische These, man könne den bürgerlichen Staatsapparat "demokratisieren", indem man ihn von seinen "faschistischen" Elementen säubere. Mehr noch, man könnte mittels dieses Apparats, wenn man ihn überhaupt von "reaktionären Elementen" säubere, auf friedlich-parlamentarische Weise zum Sozialismus gelangen.

Dieser verbrecherische reaktionäre Unsinn kann natürlich nur plausibel gemacht werden, wenn in einem fort Illusionen in diesen Staat gezüchtet werden. Und diese Illusionsmacherei durchzieht auch sämtliche Darstellungen der

"K"PO zu diesem Thema. So unterstützt die "K"PO z.B. den

"Aufruf an die demokratischen Kräfte in der Polizei, sich gegen derartige Einsätze zu wehren" ("Vst", 1.3.1987).

Demzufolge wäre es nur noch eine Frage des Kräfteverhältnisses zwischen den "demokratischen Kräften in der Polizei" und den "antidemokratischen" Elementen, ob solche Einsätze durchgeführt werden oder nicht; würden solche "demokratischen Kräfte" schließlich die Oberhand gewinnen, so hätte die Polizei faktisch ihre Funktion gewandelt, würde nicht mehr gegen fortschrittliche Demonstrationen vorgehen, sondern die Kräfte des Fortschritts unterstützen.

Dagegen ist es erstrangige Aufgabe wirklicher Marxisten-Leninisten, derartige verlogene Illusionsmacherei unerbittlich zu bekämpfen. Sämtliche Erfahrungen der Geschichte bestätigen die revolutionäre Erkenntnis, daß das Proletariat den bürgerlichen Staatsapparat nicht "demokratisieren" und für seine Zwecke übernehmen kann, sondern in der gewaltsamen Revolution bewaffnet zerschlagen, zerbrechen muß, wie Marx schon 1851 feststellte.



"POLIZEISTAAT ODER BÜRGERPOLIZEI" ??

Schon seit einiger Zeit gibt es immer wieder Initiativen, welche sich mit den tagtäglichen Mißhandlungen durch die Polizei auseinandersetzen und sich mit der Frage beschäftigen, was dagegen zu machen ist. So fand an der Uni Wien z.B. eine Veranstaltung statt unter dem Titel "Polizeistaat oder Bürgerpolizei". Außerdem hat sich ein "Verein zur Wahrnehmung der Menschenwürde unter der Staatsgewalt" gebildet.

Die Auseinandersetzung mit der Polizeigewalt, mit der fast jeder oder fast jede in der einen oder anderen Weise bittere Erfahrungen gemacht hat, ist tatsächlich sehr wichtig. Doch ebenso wichtig ist die Frage, mit welcher Zielsetzung, mit welchem politischen Inhalt dies geschieht.

Leider muß festgestellt werden, daß z.B. der "Verein zur Wahrnehmung der Menschenwürde unter der Staatsgewalt" die von ihm festgestellten, registrierten und öffentlich gemachten Polizeigewalthandlungen, -mißhandlungen und -schikanen in einem ganz falschen Rahmen beurteilt. Dieser Verein stellt sich nämlich die Aufgabe, dafür zu sorgen und darüber zu wachen, daß die Polizei in diesem "Rechtsstaat" selbst rechtsstaatlich handelt, daß sie die Gesetze dieses Staates nicht "übertritt", sondern strikt einhält. Dort aber, wo "Gesetzeslücken" vorhanden seien, welche Polizeiwilkkür und Polizeiselbstherrlichkeit begünstigten, müßten neue Gesetze her, welche diese Lücken schliessen (z.B. ein Polizeibefugnisgesetz).

Der grundsätzliche politische Fehler besteht darin, daß der bürgerliche "Rechtsstaat" prinzipiell bejaht wird, daß das, was die Polizei tut, mit den Maßstäben jenes Staates beurteilt wird, der seinem Wesen nach ein Unterdrückungsorgan der Bourgeoisie gegen das Proletariat ist und dies auch bleibt, selbst wenn einzelne noch aus der Zeit der Monarchie stammende oder vom Austro- und Hitlerfaschismus übernommene Bestimmungen seiner Gesetze beseitigt sein sollten. Von daher wird in einem Flugblatt des Vereins auch die Frage gestellt:

"Wie kann ein demokratischer Staat solche Übergriffe zulassen?"

Und von daher auch der illusionäre Appell:

"Wir appellieren an die Verantwortlichen in Politik und Polizei, die Mißstände abzustellen!"

Der Verein selbst versteht sich als ein Hilfsorgan der "Verantwortlichen in Politik und Poli-

zei" bei der Bewältigung dieser Aufgabe. Um darüber keine Zweifel aufkommen zu lassen, wird ausdrücklich versichert:

"Wir wollen kein Feindbild schaffen. Wir wissen, daß auch Polizeiarbeit schwierig sein kann, daß auch Polizisten wertvolle Arbeit (!!) leisten, daß nicht jeder Polizist ein Schläger ist, daß es Unbehagen in den eigenen Reihen wegen der Übergriffe gibt."

Bezeichnend ist dann auch, wie sich diese Leute die Tatsache der Polizeimißhandlungen und "Übergriffe" überhaupt erklären. Darüber heißt es:

"Polizisten brechen die Gesetze: sie nehmen willkürlich fest, sie beschimpfen, sie schlagen zu, sie erzeugen Angst, weil sie Angst haben, weil sie sich stark fühlen wollen, weil sie Erfolg vorweisen müssen, weil sie Befehl zum "Räumen" haben, weil kein Außenstehender zuschaut und weil sie sicher sein können, daß es für sie keine Folgen hat."

Das Ganze wird also als ein Komplex von psychologischen, organisatorischen und anderen Ursachen angesehen, bei dem "nur" das Entscheidende fehlt, nämlich die Funktion der Polizei als einer Hauptkomponente des bürgerlichen Staates, als einer Hauptstütze der Diktatur des Kapitals.

Die Brutalität der Polizei ergibt sich unvermeidlich aus ihrer grundlegenden Aufgabe, die "Ruhe und Ordnung" der Herrschenden gegen die "kleinen Leute" zu sichern, das Privateigentum an Produktionsmitteln zu schützen. Diese Funktion richtet sich objektiv von vornherein gegen jene, welche nichts anderes besitzen als ihre Arbeitskraft, welche sie an irgendeinen Kapitalisten verkaufen müssen, um existieren zu können.

Geht man von diesem grundlegenden Klassengegensatz aus und nicht von der vorgeblichen bürgerlichen "Gleichheit" der Individuen, so wird auch klar, daß es eine sogenannte "Bürgerpolizei" (Bürger im Sinne des "Citoyens" der französischen Revolution) niemals geben kann, daß diese Polizei in Wirklichkeit nur dem kapitalistischen Bürger-

tum dient. Sämtliche Polizeiaufgaben, welche scheinbar nicht klassengebunden sind, wie z.B. die Regelung des Verkehrs, stehen in Wirklichkeit doch im Rahmen dieser Ausbeuterordnung und sollen deren störungsfreies Funktionieren gewährleisten.

Für die breite Masse der Unterdrückten beginnt das Übel mit der Polizei also nicht erst, wenn einzelne Polizisten die Gesetze dieses Staates brechen. Die Unterdrückung der arbeitenden Massen wird grundlegend gerade durch die Existenz der Gesetze dieses Staates durch die Polizei vollzogen.

Daß außerdem die "Verletzung" der von diesem Staat verkündeten Gesetze und Normen die alltägliche Realität ist, ist ein "Mißstand", der im Rahmen dieser "Ordnung" sozusagen "normal" ist. Das ist eben die Wirklichkeit der bürgerlichen Demokratie, die für die Unterdrückten und Ausgebeuteten stets verlogen ist. Das unbedingt notwendige Aufdecken des schreienden Gegensatzes von Anspruch und Realität der bürgerlichen Demokratie kann und darf nicht das Ziel haben, Illusionen über die Möglichkeit einer "Gesundung" des "Rechtsstaates" zu erwecken, sondern muß die Verworfenheit dieses ganzen Systems, die Notwendigkeit seiner Vernichtung zeigen.

Das bedeutet absolut nicht, daß die von der dauernden Polizeirepression Betroffenen demgegenüber passiv bleiben sollen. Ganz und garnicht. Doch ist es völlig unsinnig, unwirksam und schädlich, an die "Verantwortlichen in Politik und Polizei" zu appellieren. Ebensogut könnte man an Wölfe appellieren, sie möchten doch keine Schafe mehr reißen

Rote Fahne

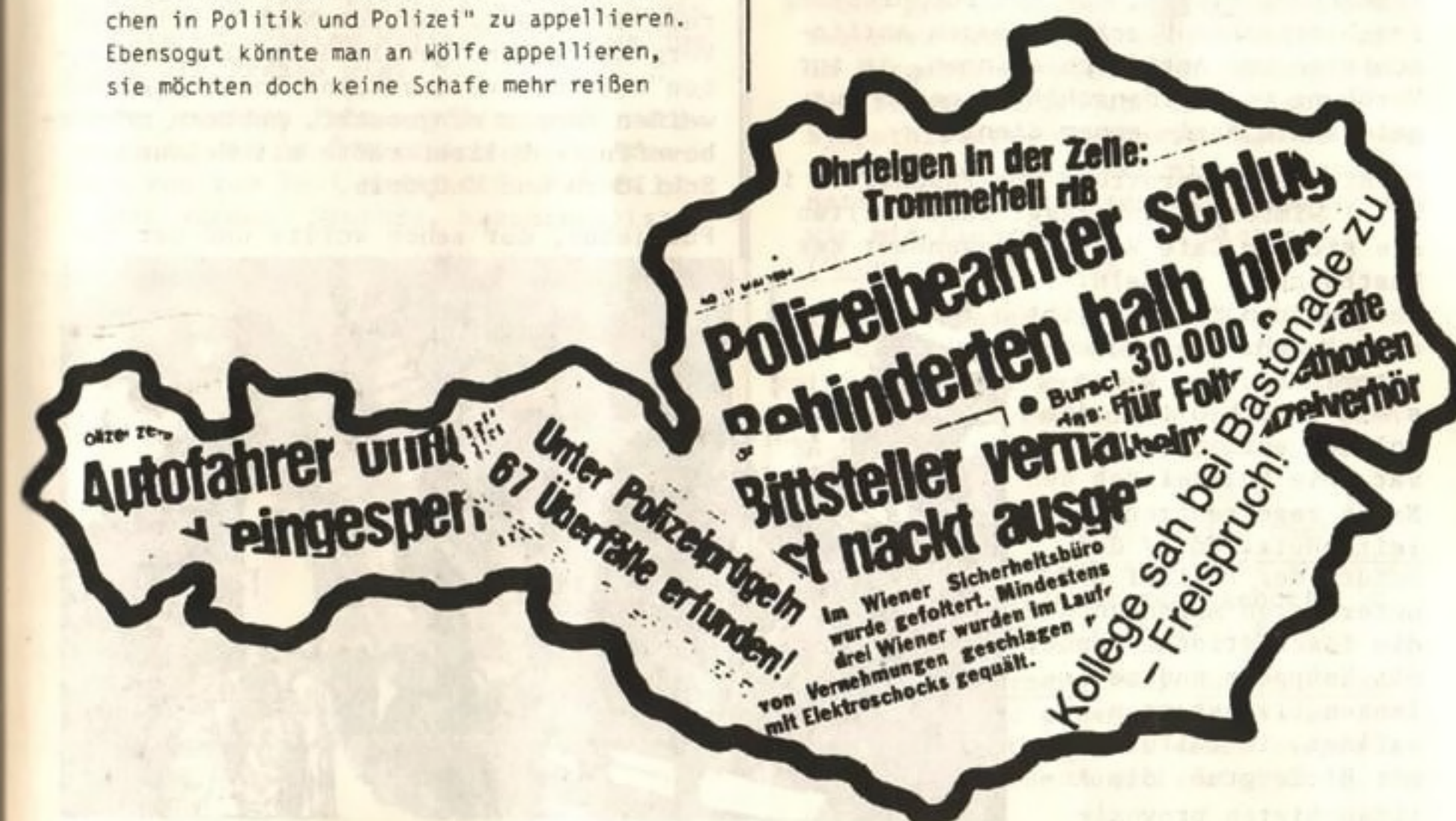
ZENTRALORGAN DER MARXISTISCH-LININISTISCHEN PARTEI ÖSTERREICH
Nummer 2/4 Ausgabe März 1985 S. 24



Lehrstück »Hainburger Au«

- WOFÜR GING ES IN HAINBURG?
- ZUR IDEOLOGIE DER HAINBURG-BEWEGUNG
- AUCH AUSSERSTE SANFTHEIT SCHÜTZT NICHT VOR DER ERKLÄRUNG ZUM "STAATSFELD"
- DIE LÜGE ALS SAULE DER REGIERUNGSPOLITIK
- DER GÜB ALS WERKZEUG ZUR NIEDERHALTUNG DER MASSEN
- DIE "FAUST DES STAATES" SCHLÄGT ZU
- DIE ANGST DER HERRSCHENDEN VOR DEM VOLK
- DIE MARXISTEN-LININISTEN UND DIE HAINBURG-BEWEGUNG
- MARX, ENGELS, LENIN UND STALIN ÜBER DIE ROLLE DES STAATSPARAPATS
- ERFABUNGEN AUS HAINBURG
- WIE WIRD ES WEITERGEHEN?

oder wenigstens sanfter dabei vorgehen. Nötig ist der Selbstschutz der Unterdrückten, ihre Selbstorganisation und ihr Zusammenschluß im Klassenkampf gegen das Kapital und seinen Staat.



POLIZEISCHUTZ FÜR "GEWALTÄTÄTER" ?

Aber sicher, wenn es sich um Faschisten handelt !

Scheinbar ein ganz anderes Bild als vor der Wiener Oper am 26.2. ergab sich am 21.3.1987 am Wiener Gürtel.

An diesem Samstagnachmittag wollten sich die "Ausländer-Halt"-Faschisten im Hotel Wimberger in der Nähe des Wiener Westbahnhofs versammeln.

Gegen diese faschistische Provokation versammelten sich zirka 150 Demonstranten und Demonstrantinnen. Wie schon gewohnt waren auch starke Polizeikräfte aufmarschiert, die sogleich deutlich machten, gegen wen sie mit Schildern, Helmen und Schlagstöcken ausgerüstet zum Einsatz gelangten: Die Polizeieinsatzleitung ordnete die Durchsuchung der Demonstranten und Demonstrantinnen an. Diese Polizeiprovokation wurde erst eingestellt, als die Demonstrationsteilnehmer und -teilnehmerinnen sich diese Schikane nicht widerstandslos gefallen ließen.

Gleichzeitig konnten einige Nazis im Schutz der Polizei aus einem VW-Bus heraus (Kennzeichen W 282.072) die Gegenkundgebung filmen, was zur Durchführung faschistischer Überfälle gegen Antifaschisten und Antifaschistinnen, ja zur Verübung von Mordanschlägen gegen ausgeforschte Nazi-Gegner dient.

Da die Zusammenrottung der Faschisten im Hotel Wimberger untersagt war, wollten sie sich im Café Westend gegenüber des Westbahnhofs sammeln.

Und was nun folgte, gibt einmal mehr Anschauungsunterricht, zu wessen Schutz die Polizei aufmarschiert war. Die Polizei gab den Nazis regelrechten Geleitschutz. Unter dem Schutz der Polizei und unter deren Augen konnte die faschistische Bande, mit Knüppeln und meterlangen Eisenstangen bewaffnet, in Uniform und mit Hitlergruß, die Antifaschisten provozie-

ren und mit brutaler Gewalt gegen sie vorgehen.

Am Westbahnhof gingen die Nazis zur Attacke über, sie prügelten wild auf die Antifaschisten und unbeteiligte Passanten ein - und die Polizeibüttel schützten die Faschisten dabei mit gezogenem Knüppel vor den Antifaschisten ! Mehr noch: die Polizei ging ihrerseits mit Gewalt gegen die Antifaschisten und Antifaschistinnen vor, drängte sie ab und kesselte sie ein. Damit gewährleisteten die Polizeikräfte, daß sich die faschistische Bande neben dem Café Westend versammeln und schließlich ohne Schwierigkeiten unter "Sieg-Heil"-Rufen abziehen konnte.

Gewiß, diese Erfahrung ist für die antifaschistischen Kräfte eigentlich nichts neues. Und dennoch ist äußerst bezeichnend, was sich an diesem Samstag, nur einige wenige Wochen nach den Ereignissen um den Opernball abspielte.

An diesem Tag wurde ja bereits praktiziert, was Blecha in seiner Parlamentsrede angekündigt hatte: Noch schärferes Vorgehen gegen "gewalttätige Demonstranten". Bewußt wurden keine Polizisten mit weißen Käppis eingesetzt, sondern schwerbewaffnete Polizeikräfte mit Helmen, Schildern und Knüppeln.

Für jeden, der sehen wollte und der das



Geschehen miterlebte oder beobachtete, mußte auch sichtbar werden, wie unendlich verlogen das ganze Geschrei gegen die "Gewalttäter" nach den Anti-Opernball-Protesten war. Ganz offen zogen da die faschistischen Schläger über die Straße, machten aus ihren Absichten nicht das geringste Geheimnis und prügelten tatsächlich auf antifaschistische Menschen und Passanten ein, wo sie nur konnten. Gegen sie erhob sich kein einziger Polizeiknüppel, nein, sie genossen die direkte und aktive Unterstützung der Exekutivorgane dieses Staates !

Und die bürgerliche Presse, all jene Medien, welche sich nach dem Opernball schier heißer schrien gegen die "gewalttätigen Provokateure" ? Wo waren da die Schlagzeilen "Gewalttäter prügeln Demokraten und unbeteiligte Passanten !" ? Keine einzige gab es, ja, es war nahezu überhaupt nichts davon zu lesen, hören oder sehen.

EIN EINZELFALL ? KEINESWEGS !

SCHUTZ UND DECKUNG FÜR NAZI-WAFFENLAGER
DURCH DIE POLIZEI, STAPO UND BÜRGERLICHE PRESSE

Daß solcher Polizeischutz für die Faschisten keineswegs ein "Ausrutscher" oder dergleichen ist, zeigte erst jüngst die "Affäre um geheime Waffenlager", welche durch die Presse ging.

In der zweiten Februarhälfte 1987 wurde bekannt, daß in Österreich ganze Arsenale von zum Teil modernsten Waffen gefunden wurden. Gewehre, Maschinenpisto-



Im "Eisenstädter Waffenlager" wurde z.B. auch die links oben abgebildete "Führer-Krawatte" gefunden.

len, mindestens ein MG 42, Handgranaten, tausende Schuß Munition usw.

Um wen oder was handelte es sich nun bei diesem weitverzweigten Netz von Waffenhortern, die großteils in direkter Verbindung zueinander stehen ? Eigentlich sollte man denken, sei die Sache ganz klar. Denn es ist so, daß die Polizei und Gendarmerie "in den Wohnungen einiger Festgenommener auch auf NS-Embleme und NS-Literatur stieß" ("Kurier", 21.3.1987).

Doch was kümmert's. Angeblich handelt es sich nicht um Faschisten:

"Wohl gab es Verbindungen vor allem zwischen den in Niederösterreich und im Burgenland spielenden Affären, mit Rechtsextremisten und Terroristen-Sympathisanten aber hatte man es keinesfalls zu tun. Eher mit wenn auch national angehauchten Waffennarren sowie mit Einbrechern und Dieben." ("Kurier", 21.3.1987).

Mit dieser fadenscheinigen Erklärung soll die antifaschistische Öffentlichkeit eingelullt werden. Denn welcher Beweis bedarf es denn noch, wenn "NS-Embleme und NS-Literatur" nicht ausreichen ?

Bemerkenswert ist schließlich noch, wer unter anderem zu diesen angeblichen bloßen "Waffennarren" gehört. Im Burgenland führte die Spur z.B. zu

"einem Gendarmen, zwei Bundesheerangehörigen und einem Angestellten der Herresverwaltung, bei denen ebenfalls Pistolen, große Munitionsbestände, ei-

ne Maschinenpistole und gleich drei Maschinengewehre sowie Hakenkreuz-embleme beschlagnahmt wurden." ("Kurier", 21.3.1987).

Bleibt abschließend noch die Frage:

WARUM SCHÜTZT DIESER STAAT UND SEINE POLIZEI DIE FASCHISTEN ?

Die faschistischen Banden und Organisationen sind keineswegs nur versprengte Überreste "Ewiggestriger" oder letztlich unbedeutende "Fanatiker" am Rande der Gesellschaft. Das würde bedeuten, die faschistischen Stoßtrupps in ihrer Funktion als S o n d e r t r u p p s der herrschenden Klasse völlig zu verkennen. Woher stammen denn die reichen materiellen und finanziellen Mittel, auf die sich die NDP usw. stützen ? Die herrschende Bourgeoisie selbst ist es, die den faschistischen Banden bei ihren Provokationen Schutz gewährt. Das österreichische Finanzkapital gewährt den faschistischen Stoßtrupps je nach Notwendigkeit mehr oder minder große Unterstützung, sei es mit Geld, sei es über den Staatsapparat oder sei es, indem es ihnen organisatorische und andere Unterstützung zukommen läßt.

Diese faschistischen Banden, die auch personell eng mit dem bürgerlichen Staatsapparat zusammenhängen, werden eben als faschistische Stoßtrupps gegen die Arbeiterbewegung und jede fortschrittliche Bewegung bereitgehalten und sind mit speziellen Aufgaben der Einschüchterung, Terrorisierung und Liquidierung von Antifaschisten und Revolutionären "betraut".

Und dennoch oder sogar gerade deswegen wäre es äußerst gefährlich, die faschistische Bedrohung ausschließlich im Auftreten der "Neofaschisten" oder "Rechts-extremisten" zu sehen und den Kampf vor allem oder ausschließlich auf die Abwehr dieser besonderen Spielart, dieser einen Erscheinungsform des Faschismus und der Faschisierung zu beschränken. Das würde praktisch zur Blindheit gegenüber der Faschisierung des bürgerlichen Staatsapparates führen.

Der 21.3.1987 hat zum einen bestätigt, daß die faschistischen Banden nur unter dem direkten Schutz der Unterdrückungsorgane des bürgerlichen Staates ihren Terror ausüben können.

Zum anderen sind es diese Unterdrückungsorgane selbst, ist es dieser Staat selbst, welche immer schärfer gegen Antifaschisten vorgehen und immer stärker zum terroristischen Vorgehen gegen eine aufkommende revolutionäre Arbeiterbewegung, gegen Antikriegsdemonstrationen usw. aufgerüstet werden. Wir dürfen niemals vergessen, daß es 1934 vor allem das Bundesheer und die Polizei waren, welche den bewaffneten antifaschistischen Widerstand der Arbeiter blutig zusammenschossen und bestialisch niederwarfen ! Auch heute geht die Hauptgefahr der Faschisierung vom bürgerlichen Staatsapparat aus !

Es ist nichts als Betrug, wenn die "K"PO-Revisionisten und andere von ihrem Schlag immer wieder die illusionäre "Forderung" stellen: "Demonstranten und Polizisten, gemeinsam gegen die Faschisten !". Mit diesem reaktionären Staatsapparat und seiner Polizei, mit diesem Gewaltapparat der Bourgeoisie zur Unterdrückung des Proletariats kann man nicht gemeinsam gegen die Faschisten vorgehen. Und wie sich in Wien am 21.3.1987 wieder einmal gezeigt hat, verhält es sich gerade umgekehrt: Polizisten und Faschisten gehen gemeinsam gegen antifaschistische Demonstranten vor !

Dagegen müssen die wirklichen Antifaschisten und Revolutionäre nicht nur gegen die faschistischen Stoßtrupps, sondern vor allem auch gegen den imperialistischen Staat in die Kampfkraft der Arbeiterklasse selbst vertrauen und die kämpferische antifaschistische Aktion der Massen organisieren !



Flugblatt der MLPÖ, das nach dem 26.2.1987 verteilt wurde:

Die reaktionäre Hetze gegen die Anti-Opernball-Proteste zerschlagen !

"Provokation !" - Wie ein einziger Aufschrei ging dieser Ruf nach dem 26.2.87 durch die Welt der Etablierten in Österreich. Innenminister Blecha und Wiens Polizeipräsident Reidingner tönnten von "unfaßbaren Provokationen", zu denen es bei der Protestkundgebung gegen den Opernball gekommen sei. Vollkommen gleichgeschaltet hetzten in ihrem Gefolge alle mögliche Politiker und Medien gegen "Rowdies", "Gewalttäter" und "Anarcho-Kommunisten", welche die "Schlacht vor der Oper" vom Zaun gebrochen hätten.

Diesem ganzen Geschrei von "Provokation" muß energisch und offensiv entgegengetreten werden ! Tatsächlich gab es am Abend des 26.2.87 nur eine einzige wirkliche Provokation: DAS WAR DER OPERNBALL SELBST ! DAS WAREN DIE BÜRGERKRIEGSPRAKTIKEN DER POLIZEI SELBST !

Der Opernball ist kein "österreichisches Fest", wie Freda Meissner Blau doch tatsächlich behauptet hat, dessen "Glanz" lediglich durch die Anwesenheit von F.J. Strauß getrübt wurde. Der Opernball ist das alljährliche provokatorische "Gesellschaftsereignis" von Repräsentanten, Nutznießern und Lieblingslakaien des in Österreich bestehenden Ausbeutersystems. Dort protzen und prunken die "Wölfe, Schweine und gemeinen Hunde der alten Gesellschaft" (Marx), die demonstrativ mit Millionen Schilling nur so um sich schmeißen, während sie den werktätigen Massen den Gürtel immer enger schnallen und ihnen immer neue "Opfer" abverlangen.

Auf dem Opernball stoßen auf Einladung der Herrschenden in Österreich jene Repräsentanten des internationalen Kapitals ihre Gläser an, für deren Profit tagtäglich auf der ganzen Welt die Völker massakriert und reaktionäre Kriege geführt werden, in El Salvador, in Afghanistan, Iran-Irak, Libanon, Tschad...

Tatsächlich: "SIE TANZEN AUF DEM OPERNBALL UND PLANEN UNSEREN UNTERGANG !". Denken wir nur an Seweso, Rhodaf, Tschernobyl, Wackersdorf, die wahnwitzigen Kriegsvorbereitungen (auch in Österreich !) usw.

Dagegen lautstark und militant zu protestieren, war absolut gerecht und nötig. Und genau in diesem notwendigen und gerechten Protest sehen die Herrschenden die "unerhörte Provokation", die man nicht zulassen, nicht dulden dürfe, sondern die es zu unterbinden gelte. Die Entscheidungs- und Verantwortungs-träger dieses Staates und seine Sprachrohre betrachten das Aussprechen der Wahrheit von vornherein als "Provokation" und gefährlich, gegen sie und ihre Interessen gerichtet, auf der anderen Seite der Barrikade befindlich (und darin haben sie völlig recht). Deshalb haben sie ihrer Polizei den Auftrag gegeben, die Protestkundgebung mit größter Brutalität zusammenknüppeln zu lassen, wofür ihre Schergen lediglich den günstigsten Moment abgewartet haben. Deshalb heiligt ihnen auch der Zweck jegliche Lüge.

DIE LOGE, DASS MILITANTE DEMONSTRANTEN AN DEM POLIZEIÜBERFALL VOM 26.2.87 "SCHULD" SEIEN

Nicht nur erzreaktionäre Blätter vom Schlage der "Kronenzeitung" verbreiten die Verleumdung von der "Provokation" durch Militante, welche die "Eskalation", den Polizeiprügelleinsatz verschuldet hätten. Nein, auch die staatsstreue "K"PO stimmt lauthals in den Chor gegen die "Provokateure" ein (siehe "Volksstimme", 28.2.87). Und auch die oberste "Grüne" Österreichs, Meissner-Blau, haut voll in die selbe Kerbe: "Außenstehende (???) 'Spontis' hätten der Polizei erst 'die Möglichkeit gegeben', mit Brutalität gegen friedliche Demonstranten vorzugehen" ("Kurier", 28.2.1987).

Gegen diese Verleumdungen muß zunächst die Tatsache festgestellt werden, daß der Polizeiüberfall auf die Kundgebung von vornherein geplant war. Noch bevor die Kundgebung überhaupt begann, verkündeten Zander von der Staatspolizei und der Einsatzleiter der Polizei gegenüber einem der Organisatoren der Kundgebung, T. Sticht: "Heute werd's was erleben, heute reißt ma euch den Arsch auf" ("Mittagsjournal", 27.2.1987).

Dann: Seit wann ist es den Herrschenden unmöglich, mit Brutalität, und sogar mit äußerster Brutalität, gegen friedliche Demonstranten vorzugehen ? Seit wann brauchen sie dafür irgendwelche gewalttätigen "Anlässe" ? Auch äußerste Sanftmut hat bekanntlich noch nie verhindern können, daß die Repressionsgewalt der herrschenden Klasse mit größter Brutalität eingesetzt wird, wenn das die reaktionären Machthaber für die Verteidigung und Durchsetzung ihrer Ausbeuterinteressen für notwendig halten. Haben nicht genau das gerade auch die Erfahrungen der Prügelleinsätze der Polizei in der Hainburger Au gezeigt ?!

Ach wie herrlich demokratisch und friedlich wäre doch unsere Polizei, wenn sie nicht von übelwollenden und unvernünftigen Kräften "proviziert" würden. - So lassen sie es erscheinen. Aber genau das Gegenteil ist der Fall ! Für diesen Staat und die Polizei gilt grundsätzlich, daß sie immer frecher und provokativer werden, wenn sie nicht auf harte, konsequente Gegenmaßnahmen der militanten Antifaschisten bzw. der kämpfenden Massen treffen. Was die Polizei sich alles leisten kann und leisten wird, hängt nicht nur von der Polizei ab, sondern gerade auch vom Grad der Kampfkraft der militanten Demonstranten. Gerade deshalb wird ja auch nichts unversucht gelassen, diese zu diffamieren und zu isolieren. Die pazifistisch jammernenden Kräfte sind ganz sicher keine Gefahr. Mit ihnen wird dieser Staat, falls es nötig sein sollte, leicht fertig. Wenn der

militante Widerstand zerschlagen ist, dann ist es ein leichtes, sie fertig zu machen, so wie seinerzeit die Faschisten nach der Zerschlagung der militanten antifaschistischen, kommunistisch geführten Arbeiterbewegung sich in Ruhe die Sozialdemokratie, Katholiken usw. vornehmen konnten.

Die Versuche zur Isolierung und Diffamierung der militanten Demonstranten und Antifaschisten dürfen nicht zugelassen werden!

"GRÜNE" RATSCHLÄGE AN DIE POLIZEI ZUR UNTERDRÜCKUNG DES MILITANTEN WIDERSTANDS!

Nach der Polizeiprügellei in der Nacht des Opernballs hatte Meissner-Blau tatsächlich nichts anderes zu tun, als Blecha aufzufordern, er möge dafür sorgen,

"daß die Polizei in Hinkunft Gewalttäter isoliert, wie sie es bei krawallierenden Fußballrowdies (!!) erfolgreich praktiziert, statt - wie vor der Oper - friedliche Staatsbürger zu verprügeln, die von ihren Verfassungsrechten Gebrauch machen." (Meissner-Blau, "Kurier", 1.3.)

Allein schon die faktische Gleichsetzung antifaschistischer Demonstranten mit "krawallierenden Fußballrowdies" (die bekanntlich großteils neofaschistisch orientiert und dominiert sind), ist eine infame Gaunerei sondergleichen.

Der "Grüne" Sticht münzt den Meissner-Blau-Aufruf an die Polizei gleich in den Vorschlag um, Kundgebungen und Demonstrationen zukünftig einzukesseln, die Kundgebungsteilnehmer "einzukreisen", wie das auch am 26.2.87 leicht möglich gewesen sei ("Mittagsjournal", 27.2.1987).



800 Menschen einen Tag eingekesselt

In Hamburg-Heiligenfeld (Bild) wurden am 8. Juni 1986 mehr als 800 Personen zwischen 9 und 15 Stunden lang von der Polizei eingekesselt unter dem Vorwand, "Gewalttäter" dingfest machen zu müssen.

So erweisen sich diese "grün-alternativen" Politiker faktisch als Einpeitscher jener Polizeistaatspraktiken, mit denen auch österreichische WAA-Gegner in Westdeutschland schon die schlimmsten Erfahrungen gemacht haben. Wahrhaftig, mit Leuten, die sich hier tatsächlich als Propagandisten der zunehmenden Faschisierung betätigen, haben ehrliche Antifaschisten nichts gemein. Bei diesen Leuten muß man sich

offensichtlich auf alles gefaßt machen und sich genauestens vorsehen, um nicht böse Überraschungen zu erleben.

DIE FORDERUNG NACH UNBEDINGTER GEWALTFREIHEIT NOTZT NUR DEN HERRSCHENDEN!

Auf der anderen Seite beweist das alles auch die Verlogenheit des Geredes von der "Gewaltfreiheit" von Meissner-Blau, Sticht, Geyer sowie des Hof-Linken der "Königin", Pilz. Die Klubchefin der "Grünen Alternative" im Nationalrat hat sich am 28.2. im Namen ihrer Fraktion "auf das entschiedenste von allen Gewalttätigen und Gewalthandlungen" distanziert - a n g e b l i c h ! Denn tatsächlich sind sie und ihr Klub n i c h t gegen jede Gewalt. Sie sind lediglich gegen die Gewalt der Demonstranten, während sie in Wirklichkeit für den wirkungsvolleren Einsatz der bürgerlichen Staatsgewalt sind, welche die sogenannten "Gewalttäter" unter den Demonstranten isolieren und unschädlich machen soll.

Den gleichen konterrevolutionären Standpunkt vertreten auch die Muhri-Pseudo-"Kommunisten":

"Das brutale Einschreiten der Polizei kann durch einige Leuchtraketen, wie sie zu Silvester zu tausenden abgeschossen werden, wohl nicht gerechtfertigt werden, da die Kundgebung ansonsten friedlich verlief." ("Volksstimme", 28.2.1987)

Mit anderen Worten: Muhri und Co. betrachten "das brutale Einschreiten der Polizei" gegen "nichtfriedliche, gewalttätige" Demonstrationen als "gerechtfertigt"!

Ob Meissner-Blau oder Muhri, sie alle vertreten die infame Doppelmoral:

GEWALTSAMER WIDERSTAND GEGEN DIESEN STAAT - N E I N !

GEWALT VON SEITEN DIESES STAATES ZUR UNTERDRÜCKUNG DIESES WIDERSTANDS - J A !

Auf welcher Seite die Meissner-Blau, Muhri und Konsorten stehen werden, wenn der Staatsapparat des österreichischen Monopolkapitals durch revolutionäre Gewalt bedroht und bekämpft werden wird, läßt sich leicht voraussagen.

Gegenüber all diesen verlogenen Verfechtern der "Gewaltlosigkeit" ist entscheidend die Klarstellung, daß es offenbar zwei diametral entgegengesetzte Arten der Gewalt gibt: die reaktionäre Gewalt und die revolutionäre Gewalt und man der ersteren einzig und allein durch Einsatz der letzteren beikommen kann. Wer verlangt, man sollte auf reaktionäre Gewalt mit "Gewaltlosigkeit" antworten, wer den Opfern der reaktionären Gewalt das Recht und die Pflicht auf Organisation der revolutionären Gewalt verweigert, hilft damit - ob das nun beabsichtigt wird oder nicht - der reaktionären Gewalt, hilft damit den Herrschenden, nicht nur ihre von katastrophalen Folgen begleitete Herrschaft aufrechtzuerhalten, sondern überhaupt weitgehend tun zu können, was immer sie mögen.

Es ist einfach lächerlich, einer hochorganisierten Gewaltmaschine gegenüber wesentliche Forderungen, welche Interessen der Dirigenten dieser Gewaltma-

schine ernstlich verletzen, mit "Gewaltlosigkeit" verwirklichen zu wollen.

DIE HETZE GEGEN "GEWALTÄTÄTER MIT MASKEN" BEKÄMPFEN!

In diesem Zusammenhang muß unbedingt auch der Hetze gegen die "Vermummten" und "Maskierten" entgegengetreten werden. Vermummung wird als "Beweis" dafür gewertet, daß "Rechtsbrüche" und "Gewalttaten" am 26.2.1987 nicht nur begangen worden, sondern von vornherein auch beabsichtigt worden seien. Damit soll nämlich nur von der Tatsache abgelenkt werden, daß die Staatspolizei schon seit längerer Zeit systematisch auf Demonstrationen die Teilnehmer filmt. So war das auch am 26.2.1987 zu erwarten und Reiding hat das auch offen zugegeben: "Wir haben alles gefilmt" (Reiding, zitiert im "Kurier", 28.2.87). Warum eigentlich? Warum werden regelmäßig die Teilnehmer von Demonstrationen und Kundgebungen gefilmt, wo sie doch nur ein angeblich unantastbares demokratisches Grundrecht ausüben?

Tatsächlich steht das alles im Zusammenhang mit der Kriminalisierung des Widerstands. Zum Beispiel wurden bei der Bundesheer-Provokation am 12. Februar 84 im Karl-Marx-Hof die Teilnehmer der Protestkundgebung gefilmt und fotografiert. "Identifizierte" bekamen Tage später Strafanzeigen zugeschickt. Darüber hinaus hat dieses systematische Observieren und Erfassen einen weiterreichenden konterrevolutionären Zweck: Es sollen so viele Informationen über fortschrittliche und revolutionäre Menschen wie möglich gesammelt, "Strukturen" und "Verbindungen" sollen herausgefunden werden. Das geschieht nicht "zum Wohl aller Bürger", sondern ist die gezielte Vorbereitung darauf, in Zukunft, wenn die Herrschenden das für nötig halten, großangelegte Massenverhaftungen durchzuführen, um der fortschrittlichen und revolutionären Bewegung Schläge zu versetzen oder sie überhaupt zu zerschlagen. Das alles sind also Maßnahmen der zunehmenden Faschisierung.

Sich dagegen in geeigneter Form zu schützen, um der Staatspolizei bzw. dem Heeresnachrichtendienst die Arbeit nicht noch zu erleichtern, ist absolut richtig. Das hat überhaupt nichts damit zu tun, wie man das manchmal hört, nicht offen dafür einzustehen, wofür man demonstriert. Im Gegenteil, wer dieses Problem nicht ernst nimmt, ist entweder äußerst naiv oder nimmt sein eigenes Engagement nicht sehr ernst. Und wer gar in den reaktionären Chor gegen die "Maskierten" einstimmt, unterstützt faktisch die Arbeit der Stapo!

DIE LOGE VON DEN GRUPPEN, WELCHE "FEHLENDE MEHRHEITEN DURCH ZUM RECHTSBRUCH ENTSCLOSSENES AUFTRETEN AUSGLEICHEN WOLLEN" (BLECHA)

Mit dieser verleumderischen Behauptung soll zuge deckt werden, was sich am 26.2.87 tatsächlich mit aller Deutlichkeit gezeigt hat: Die Polizei prügelt im Interesse einer kleinen Minderheit, nämlich jenes kleinen Häufleins von Finanzmagnaten und Privilegierten, welche der überwältigenden Mehrheit, den breiten Volksmassen im Nacken sitzen. Dieser Staat ist ein Unterdrückungsinstrument der herrschenden Bourgeoisie

"K" PÖ VERBREITET POLIZEI-VERSION!

Das "K" PÖ-Scharblatt "Volksstimme" verbreitete am 28.2. dienstförmig die Polizei-Version, es habe "rund vierzig schwerer Verletzte, unter ihnen eine (!) Demonstrantin" gegeben! Das ist eine glatte Lüge, die sogar noch das übertrifft, was manche anderen bürgerlichen Medien behaupteten. Das fügt sich lückenlos in das von Blecha und Co. gewünschte Bild. Bei dieser Polizei-Revisionsisten-Version wird dabei schamlos der Umstand ausgenutzt, daß sich die große Zahl der erheblich oder schwer verletzten Demonstranten und Demonstrantinnen mit gutem Grund nicht behördlich gemeldet haben, um zu den Verletzungen durch die Polizeiprügellei nicht auch noch eine Anklage wegen angeblichem "Widerstand gegen die Staatsgewalt" oder dergleichen angehängt zu bekommen.

zur Niederhaltung der Arbeiterklasse und anderen Werktätigen.

Wenn Blecha, Haider und Konsorten erklären, daß sich die "Gewalttäter" nicht die Mühe machen würden, für "parlamentarische Mehrheiten" zu kämpfen, so erklären wir: Bei euren Wahlen geht es lediglich darum, alle 4 Jahre zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und z e r t r e t e n soll. Die wirklichen Regierungsgeschäfte werden gar nicht im Parlament gemacht, sondern hinter den Kulissen, in den Etagen der Industrie- und Bankherren. Eure "Demokratie" ist in Wirklichkeit ein tagtäglicher Betrug am Volk, nur die Umhüllung eurer erbarmungslosen Diktatur des Kapitals.

Was von den "parlamentarischen Mehrheiten" zu halten ist, zeigt sich im übrigen spätestens dann, wenn die Herrschenden zu dem Schluß kommen, daß ihnen in einer bestimmten Situation die bürgerlich-demokratische Fassade ihrer Diktatur mehr schadet als nützt; z.B. wenn deren "Grundrechte", so verkrüppelt sie für die Unterdrückten stets auch existieren, von den revolutionären wirkungsvoll ausgenutzt werden, um die Arbeiter und anderen Werktätigen zusammenzuschließen und zu organisieren (wofür sie womöglich auch das bürgerliche Parlament als Tribüne des Klassenkampfes ausnützen, um den bürgerlichen Betrug zu entlarven). Dann lassen sie diese Hülle fallen und errichten ihre unverhüllte, faschistische Diktatur, wie das 1933/34 geschehen ist. Dann zeigt sich, wo die wirklichen Machtmittel dieses Staates liegen; nicht im Parlament und seinen "Mehrheiten", sondern bei den bewaffneten Formationen, bei der Polizei und Armee vor allem. Dieser Gewaltapparat (einschließlich der Gefängnisse) steht bereit, wird ständig perfektioniert und immer weiter aufgebläht, um die Werktätigen niederzuhalten, um jeden Widerstand niederzulegen zu können.

Und eins ist auch klar: Die kapitalistischen Macht-haber, welche von "parlamentarischen Mehrheiten" faseln, um den Unterdrückten die Augen zu verkleben, werden niemals zulassen, daß die wirkliche Mehrheit, nämlich die von ihnen ausgepreßte und unterdrückte Mehrheit der Werktätigen, friedlich, auf parlamentarischem Wege die Macht übernimmt. Nein, dieser Staatsapparat kann nicht "abgewählt" werden. Er kann nicht im Interesse der Werktätigen auf reformerischem Weg "demokratisch erneuert" werden, wie die "K" PÖ-Revisionsisten und andere faseln. Als Instrument der Herrschaft des Finanzkapitals, des österreichischen Imperialismus, muß der bürgerliche Staat in der proletarischen Revolution z e r - s c h l a g e n werden!

DEM GESCHREI VON DER "SICHERUNG VON RUHE UND ORDNUNG" DAS ZIEL DES KOMMUNISMUS ENTGEGENSTELLEN !

Wenn von Blecha bis Strauß gehetzt wird, daß es uns nicht nur um die WAA Wackersdorf oder den Umweltschutz gehe, sondern um den Kampf gegen diesen "Rechtsstaat" selbst, um den Kampf gegen das System überhaupt, so erklären wir ohne Zögern:

JA, WIR SIND FÜR DEN KOMMUNISMUS !

Dieses verrottete, durch und durch korrupte kapitalistische System hat keine Zukunft. Es hat sich überlebt. Das Herumdoktern an seinen Pest- und Eiterbeulen ist nur dazu geeignet, Elend und Not, immer neue Katastrophen usw. zu verlängern. Kommunismus aber bedeutet:

★ Statt privater Besitztümer an Fabriken, Grund und Boden und überhaupt an Produktionsmitteln im Interesse des Profits: GESELLSCHAFTLICHER BESITZ aller PRODUKTIONSMITTEL !

★ Statt mörderischer Konkurrenzkampf und Anarchie der Produktion: PLANUNG UND DURCHSICHTIGKEIT DER WIRTSCHAFT DURCH DIE ARBEITENDEN !

★ Statt Arbeit als Fluch, als Mittel zur Ausbeutung: Die Arbeit als ERSTES LEBENSBEDÜRFNIS DER MENSCHEN, IM INTERESSE DER BEDURFNISBEFRIEDIGUNG DER PRODUZIERENDEN GESTALTET !

★ Statt Spaltung der Gesellschaft in Klassen, in Ausgebeutete und Ausbeuter, in Stadt und Land, in Männer und Frauen, statt Spaltung in geistige und körperliche Arbeit: FREIE ASSOZIATION der Schaffenden in voller Gleichberechtigung und Freiheit !

★ Statt Kriegen zwischen den Völkern, nationalem Haß und Rassenhaß: VÖLLIG FREIWILLIGE VERBINDUNG DER VÖLKER UND NATIONEN ZUR MENSCHHEIT IM WELTKOMMUNISMUS !

KLARHEIT ÜBER WEG UND ZIEL DES KAMPFES SCHAFFEN !

Wir wissen, daß unsere Positionen in den Reihen der Militanten umstritten sind. Selbst wenn Einigkeit in der Frage der Militanz, in der Frage der Zerschlagung dieses Systems besteht, so werden vor allen Dingen unsere Positionen zur Notwendigkeit einer kommunistischen Partei und der Errichtung der Diktatur des Proletariats als unumgänglicher Schritt auf dem Weg zum Kommunismus abgelehnt.

Neben dem militanten Kampf ist jedoch die Diskussion

über solche und andere Fragen unbedingt nötig, um den Kämpfen ein festes Fundament und eine klare Perspektive zu geben. Es muß über die Ziele und Wege der beteiligten Gruppen und Leute diskutiert werden. Und es muß der Kampf für die Verbreiterung der Reihen der fortschrittlichen und revolutionären Kräfte geführt werden, der Kampf um die Unterstützung in den Betrieben und nicht zuletzt der Kampf für die Einheit und das Bündnis im militanten antifaschistischen und antikapitalistischen Kampf mit den ANTIFASCHISTEN UND REVOLUTIONÄREN AUS ALLEN LÄNDERN. (Um wieviel wären z.B. die Anti-Opernball-Proteste politisch noch wirksamer und hörbarer gewesen, wenn Delegationen von Arbeitern und Arbeiterinnen aus Leoben, Ternitz, Donawitz, Linz usw., Delegationen aus Wackersdorf usw. usf. dabei gewesen wären.)

Wer bereit ist, nicht nur in einzelnen Fragen der Politik der Reaktion den Krieg zu erklären, sondern diesem System überhaupt den Krieg erklärt, so wie dieses System uns schon lange den Krieg erklärt hat, sobald wir seine Kapitalinteressen angreifen, der kann nicht umhin, auch die Frage nach einer starken, umfassenden revolutionären Organisation aufzuwerfen, die unter allen Umständen in der Lage ist, einen solchen Krieg zu leiten. Diese Aufgabe kann nur eine wirklich kommunistische Partei erfüllen, die aufgebaut werden muß. Die Skepsis gegenüber einer Partei wie der "K"PD, die mit dem Kommunismus so viel gemein hat wie Androsch mit dem Sozialismus, macht diese Aufgabe nicht überflüssig, sondern um so dringlicher. Die MLPD versteht sich als Aufbauform einer solchen zu schaffenden starken marxistisch-leninistischen Partei.

Wer dieses System stürzen will, wird auch nicht darum herumkommen, zu erklären, was er mit den alten Ausbeutern machen will. Soll Gestalten wie Mautner-Markhof usw. erlaubt werden, verlorene Pfründe wiederzuerobern? Wir meinen nein! Für uns ist das Mittel hierzu nicht ein volksfeindliches Unterdrückungssystem wie in der heutigen Sowjetunion, Polen, Ungarn, China usw., sondern die Errichtung einer wirklichen Diktatur des Proletariats, die den werktätigen Massen breiteste Demokratie garantiert, jedoch die Ausbeuter, Kriegsbrandstifter und Faschisten, die alten und neuen Reaktionäre schonungslos unterdrückt.

"Nicht sich drehen und winden unter den Schlägen des Gegners, heulen, winseln und Entschuldigungen stammeln: So böse war's nicht gemeint; - wie noch so viele tun. Wiederhauen muß man, für jeden feindlichen Hieb zwei, drei zurück. Das war unsere Taktik von jeher..."

(FRIEDRICH ENGELS, MEW 35, S.435)

SPENDET FÜR DEN RF-FONDS !

„SOZIALSCMAROTZER“ - UNT SIE TANZEN AUF DEM OP UND PLANEN UNSEREN



Alles, was in Österreich Rang und Namen hat, residierte und prunkte in den Logen: die Spitzen aus Politik, Diplomatie, Wirtschaft und Kultur. Und natürlich war alter, europäischer Hochadel zugegen.



Die glücklichen Gewinner

Wer den Opernball von seiner schönsten Seite erleben wollte, mußte tief in die Tasche greifen. 120000 Schilling mußten für die besten Logen, die Ranglogen, hingeblickt werden. Das Aufgeld für die Eintrittskarten fiel da nicht mehr ins Gewicht. Einen stolzen Preis von 85000 Schilling durften selbst die Gastgeber der Bühnenlogen locker machen. ... und mit einem ersten Glas Champagner anstoßen

Wer Gäste am Opernball in seine Loge einlädt, darf von sich behaupten, er wisse mit Stil, Eleganz und Würde zu feiern.

Hofrat Siegfried Jung

Am Ball der Republik durften deshalb die anderen führenden Geldinstitute - Länderbank, Zentralsparkasse, Girozentrale, Postsparkasse, Erste Österreichische - mit Paradeplätzen nicht fehlen. Und trotzdem hat Pekuniäres nicht die Gespräche der Generaldirektoren Haumer, Nösslinger, Pale, Vak dominiert. Dafür herrschte zu gute Laune in den Logen. Und wer spricht schon in Anwesenheit gnädiger Damen, schöner Frauen nur über die Scheinchen, die das Leben so erleichtern.

Als zweite Hausherrin - neben der österreichischen Bundesregierung - durften sich die heimischen Banken fühlen. Allen voran spazierte Österreichs erste und feinste Geldadresse, Creditanstalt-Bankverein, mit fünf Logen. Generaldirektor Dr. Hannes Androsch hatte Spitzen der internationalen Geldaristokratie zu Gast. Und wenn der Schein nicht trug, dann wurden still und leise Fäden zum Wohl der heimischen Wirtschaft geknüpft. Bei einem Glas Champagner spricht es sich leichter, wann, wo und in welchem Umfang internationale Anleihen plazierte, mit welchem Geschick Währungen rund um die Uhr rund um den Globus gejagt werden sollen. Denn international ist nicht nur der Opernball, sondern auch das liebe Geld.

Aus der Industrie feierten in Logen - und wurden bis Redaktionsschluß gesichtet - die Familie Diehl (Rüstung), Haschek (Eternit), Swietelsky (Bau) und Underberg (Kräuterlikör).

Bürgermeister Helmut Zilk mit Sowjetbotschafter Gennadij Schikin

HENKER und PFAFFE

Sie trafen sich zu freundschaftlichen Gesprächen im Moneda-Palast - das Oberhaupt der katholischen Kirche, Papst Johannes Paul II., und das Oberhaupt der chilenischen faschistischen Militärdiktatur, General Augusto Pinochet. Der Ort, an dem sie sich trafen - richtiger gesagt, an dem der "Heilige Vater" dem Vater einer der mörderischsten Militärdiktaturen der Geschichte seine Aufwartung machte und für die freundliche Einladung *) dankte - war stilgerecht gewählt: das Prunkgebäude, über dessen Wände, Treppen und Fußböden seinerzeit das Blut des gewählten Staatspräsidenten Salvador Allende und vieler seiner Mitarbeiter geflossen war, als der faschistische General und seine Mordgesellen ihren Putsch machten. Doch das Blut ist ja längst abgewaschen, sein süßlicher Geruch verweht ...

Nachdem sie ihre Komplimente ausgetauscht, ihr beiderseitiges höchstes Interesse am Wohl der Christenheit und aller Völker, speziell des chilenischen, in wohlgesetzten Worten kundgetan und Seite an Seite in die Fernsehkameras gelächelt hatten, schritten die beiden Oberhäupter gemeinsam an die Ballustrade, um die Huldigungen der jeweiligen verläßlichsten Gefolgsleute in Uniform und Kutte sowie der dutzendfach gesiebt und kontrollierten Menge von Unterläufern und Claqueuren entgegenzunehmen.

Später, als der Papst sein spezielles Programm abwickelte, kamen auch viele andere, auch einfache, doch in vielfacher Hinsicht "gläubige" Menschen. Nicht wenige von ihnen glaubten, zumindest eine eindeutige Sympathiebezeugung des "Heiligen Vaters" für ihre himmelschreienden Nöte erleben zu können, manche erhofften sich vielleicht sogar unmittelbare Hilfe, wieder andere meinten, wenn der Papst ihr Elend, ihre Qualen, ihre blutige Unterdrückung, Ausbeutung und Versklavung sehen würde, werde er vielleicht seine

* Bekanntlich haben es einige um die Reputation der Kirche besorgten Kreise so hingestellt, als sei der Papst nach Chile gereist, um sich mit dessen leidgeprüfem Volk zu solidarisieren, ihm zumindest moralische Hilfe zu gewähren. Das ist jedoch eine ganz zynische Lüge, wie nicht nur der Ablauf des päpstlichen Gastspiels zeigt, sondern auch schon seine Vorgeschichte.

Der Papst kam nämlich auf ausdrückliche Einladung durch Pinochet nach Chile. Das Pinochet-Regime begründete diese Einladung damit, mit ihr wolle es dem Papst Dank und Anerkennung ausdrücken für die Rolle, die er zugunsten des Pinochet-Regimes in



Stimme erheben. Und sogar viele der Nüchternsten glaubten, in Anwesenheit des Papstes und vor seinen Augen werde das Pinochet-Regime zumindest gewisse Hemmungen haben, seine tagtäglichen Militär- und Polizeibrutalitäten schon aus kleinstem Anlaß vorzuführen.

Sie alle irrten. Der Papstbesuch diente nicht der Bezeugung von Solidarität und Sympathie für das unter schwierigsten Bedingungen gegen eine grausame Militärdiktatur kämpfende chilenische Volk, sondern diente unverkennbar der Unterstützung und Stärkung eben dieser faschistischen Diktatur, diente der Legalisierung und Aufwertung dieses bluttriefenden Regimes, während er gleichzeitig den Zweck verfolgte, den Widerstand gegen Pinochet zu untergraben und aufzuspalten, durch Illusionen zu vergiften und zu lähmen. Sowohl das Verhalten des Papstes als auch das von Pinochet hat diese Tatsache unwiderlegbar demonstriert.

Schon am Vorabend der Papstankunft ließ Pinochet jegliche "Zusammenrottungen" erbarmungslos niederknüppeln und als der "hohe Gast" Pinochets dann an seiner Seite stand, ging es durchaus nicht sanfter zu, sondern zeigte die faschistische Diktatur ihren bestialischen Charakter wo-

dessen Konflikt mit Argentinien wegen des Beagle-Kanals in Feuerland gespielt hat. Tatsächlich hat sich der Papst in diesen Konflikt als "Vermittler" eingeschaltet und seinen Teil dazu beigetragen, daß Pinochet die auf der atlantischen Seite gelegenen Inseln beim Beagle-Kanal zugesprochen bekam, was das faschistische Regime als großen Erfolg ausschalten konnte. Dennoch ist die Papst-Einladung natürlich nicht einfach aus "Dankbarkeit" erfolgt, sondern war ein taktischer Schachzug Pinochets, um die an Kraft und Entschlossenheit zunehmende Widerstandsbewegung zu schwächen und seine Diktatur zu festigen.

möglich noch deutlicher. Sich mit Recht durch den Papst-Besuch unterstützt und gestärkt fühlend, der unverkennbaren politischen Mithilfe und schwarzen Bundesgenossenschaft durch die Kirche gewiß, zeigten Militär und Polizei Pinochets ihr ganzes vielgestaltiges faschistisches Repertoire: Prügel-Orgien, Wasserwerfer-Attacken, Tränengas-Einsätze, dazu Massenverhaftungen und all das, was sich danach in den Polizeikasernen und Gefängnissen des Regimes abspielt: Folterungen, Verstümmelungen, Morde.

Wie selbst die bürgerliche Presse mitzuteilen gezwungen war, erreichte der Tränengaskrieg Pinochets gegen das chilenische Volk am 2. Tag des Papstbesuches solche Ausmaße, daß die giftigen Schwaden bis zur Tribüne des "Pontifex maximus" drangen und diesem Tränen in die Augen trieben - Tränen, die ihm die Leiden und Nöte des chilenischen oder irgend eines anderen blutig unterdrückten Volkes noch niemals entlockt hatten.

Die "Kronen-Zeitung" vom 5. April 1987 faßt die so entstandene Situation mit den Worten zusammen:

"Er (der Papst, Anmkg.) sprach vom Geist der Versöhnung und der Rauch des Tränengases stieg ihm in die Augen, er sprach von Menschenrechten und die Polizei ging zum Angriff vor, er sprach von Liebe und es hagelte Hiebe."

Womöglich noch anschaulicher schildert eine Schlagzeile des "Kurier" vom 5.4.87 das Geschehen:

Chile: Polizei prügelte - Papst predigte

Wahrlich: Noch selten ist die Arbeitsteilung, die Zusammenarbeit und Komplizenschaft von Pfafe und Henker in so klassischer Kürze dargestellt worden! Was predigte denn der "Heilige Vater", als Pinochets Prügel tanzten und seine Tränengasgranaten platzten? Wie der "Kurier" schreibt, predigte der Papst "gegen die Gewalt". Aber gegen w e s s e n Gewalt? Er predigte n i c h t gegen die Gewalt der faschistischen Militärdiktatur Pinochets, denn nach Meinung der Kirche wie aller weltlichen und geistlichen Machthaber ist es das "gute Recht" des Staates, der Obrigkeit, der Herrschaft, das Volk notfalls auch mit Prügeln, Tränengas, Gewehren oder auch Kanonen nie-

derzuhalten. Der Papst wandte sich vielmehr an die Geprügelten, mit Gasgranaten Beschossenen, von Gewehren und Maschinengewehren Bedrohten: ihnen und n u r i h n e n, den blutenden, geschlagenen und geschundenen Objekten und Opfern der Gewalt, predigte der Papst, nur ja nicht zur Gewalt zu greifen, sie als gottgewollte Prüfung fromm über sich ergehen zu lassen, aber unter keinen Umständen zur Gegengewalt zu schreiten, denn dann würde Chile in der Hölle des Kommunismus versinken! Genau d a s war auch die "Botschaft des Papstes" an das chilenische Volk, das als endloser schwarzer Faden alle seine Predigten und Gebete von Anfang bis Ende durchzog und was die "Kronen-Zeitung" wie folgt ausdrückt:

"Seine (des Papstes, Anmkg.) Botschaft: Eine g e w a l t l o s e Änderung der Verhältnisse o h n e R e v o l u t i o n, die dem Land nur eine neue Diktatur unter anderen Vorzeichen einbringen könnte." (5.4.87)

Um Gottes und des Himmels Willen keine Gewalt! Um Gottes und des Himmels Willen keine Revolution! D a s predigt der "Heilige Vater" ausgerechnet jenem Volk, das unter dem Druck einer der grausamsten faschistischen Diktaturen der Gegenwart stöhnt! Kann man Pinochet und seinesgleichen noch besser dienen? Und kann man die Rolle des Papstes und der ganzen Institution, die er repräsentiert, noch anschaulicher schildern?

Wie der Marxismus-Leninismus lehrt, bedienen sich die Ausbeuterklassen seit eh und je zweier hauptsächlicher Stützen ihrer Macht, des Pfaffen und des Henkers. Allema! und überall wirken sie, diese Synonyme für geistige und körperliche Versklavung, so verschieden sie auch scheinen mögen, bloß als zwei Seiten einundderselben Medaille, dienen sie dem g l e i c h e n Zweck. Der Besuch des Papstes bei Pinochet, das Schauspiel, das die beiden Repräsentanten dabei vor den Augen der Welt boten, zeigt überzeugender als mancher lange Artikel erneut die tiefe Wahrheit dieser Erkenntnis.

Ausnahmslos alle unterdrückenden Klassen bedürfen zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft zweier sozialer Funktionen: der Funktion des Henkers und der Funktion des Pfaffen. Der Henker soll den Protest und die Empörung der Unterdrückten niederhalten. Der Pfaffe soll die Unterdrückten trösten, ihnen die Perspektiven einer Milderung der Leiden und Opfer bei Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft ausmalen (das läßt sich besonders bequem tun, wenn man für die "Realisierbarkeit" solcher Perspektiven keine Gewähr leistet...) und sie eben dadurch mit dieser Herrschaft aussöhnen, sie revolutionärer Taten entwöhnen, ihren revolutionären Geist untergraben, ihre revolutionäre Entschlossenheit zerstören. (Lenin, Der Zusammenbruch der II. Internationale, 1915, LW 21, S.226)



POLIZEISTAAT MARKE WESTDEUTSCHLAND

WORUM GEHT ES BEI DER "VOLKSZÄHLUNG" 1987 IN WESTDEUTSCHLAND ?

Am 23. Mai 1987 soll in Westdeutschland eine sogenannte "Volkszählung" stattfinden. Dabei handelt es sich keineswegs um einen harmlosen, lediglich formal-statistischen Akt. Der Bonner Staat verfolgt damit vielmehr das Ziel, seine Polizeicomputer und sonstigen Karteien mit systematisch erhobenen Daten für seine reaktionären und imperialistischen Zwecke zu füttern.

Nach der Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises, nach Inkraftsetzung der "Sicherheits-Gesetze" (die der Polizei den direkten Zugriff auf das neu geschaffene Zentrale Verkehrsinformationssystem "ZEVIS" brachten) und im Zusammenhang mit dem "Ausländerzentralregister" wollen die Bonner Machthaber nun mit der Volkszählung weitere wichtige Daten zur Verschärfung der Unterdrückung verfügbar machen. Mit der Vielzahl der gesammelten Daten, die - entgegen den verlogenen Beteuerungen von der angeblichen Anonymität - jederzeit personenbezogen abrufbar sind, kann der Staatsapparat durch Rasterfandungen noch gezielter die jeweils aktuellen "Staatsfeinde" herauszufiltern. Damit sollen umfassend alle jene erfaßt werden, die, wenn nicht heute, dann vielleicht morgen die staatlich geschützten Profitinteressen der westdeutschen Monopolbourgeoisie gefährden oder gefährden könnten.

Auch zur gezielten rassistischen und chauvinistischen Unterdrückung sollen genauere Daten geliefert werden; z.B. um Ausweisungen durchzuführen, weil die Wohnungen der ausländischen Werktätigen "zu klein" sind, oder um diejenigen auszuspionieren, die nicht durch ein "ordentlich gestempeltes" Papier ihre Aufenthaltsberechtigung nachweisen können. Hierbei wird das Ziel der drastischen Verringerung der Ausländerzahlen durch Vertreibung der "nicht produktiven", d.h. "nicht profitablen" ausländischen Arbeiter und Arbeiterinnen, Jugendlichen, Arbeitslosen usw. verfolgt.

Darüberhinaus wird rassistischen und faschistischen Volkszählern, die sich sicherlich in nicht geringer Zahl als freiwillige Zähler gemeldet haben, die Möglichkeit geboten, für rassistische und chauvinistische Terrorakte (wie sie in Westdeutschland heute bereits tagtäglich geschehen!) gezielt Türken, Kurden, Afrikaner, auch Juden und andere herauszupicken, über die sie bei der Befragung genauere Informationen erhalten!



Wichtige Daten soll die Volkszählung auch zur Profitmaximierung der großen Konzerne liefern, d.h. um die Ausbeutung zu verschärfen. So halten z.B. große Wohnbaukonzerne und Haus- und Grundeigentümer-Verbände die Volkszählung für "dringend erforderlich" (vgl. "Frankfurter Rundschau", 6.4.1987), um Mieterhöhungen und Spekulationsgeschäfte durchzuführen.

Gleichzeitig sollen auch Daten über Rentner, Arbeitslose, Sozialhilfeempfänger, Behinderte u.a.m. erbracht werden, die in keiner Weise zu deren Nutzen, sondern zum effektiven Abbau von Sozialleistungen, zur weiteren sozialen und wirtschaftlichen Verelendung beitragen werden.

Die zunehmenden Unterdrückungsmaßnahmen des Bonner Staates gegen den berechtigten Widerstand gegen die Volkszählung erklären sich aus diesen konterrevolutionären und reaktionären Zielen der Volkszählung, die einzig und allein den Klasseninteressen der westdeutschen Monopolbourgeoisie nutzt. Verbote von Veranstaltungen und Info-Ständen, Hausdurchsuchungen, Bußgelder-Androhung, Strafgelder, polizeiliche Parolen-Übermalung... - alles das zeigt ja schon, daß die Volkszählung 1987 im Rahmen der zunehmenden Faschisierung von Staat und Gesellschaft in diesem Land steht.

* PRESSERECHTLICHER VERANTWORTLICHER VON "GEGEN DIE STRÖMUNG" VON ZIVILPOLIZISTEN MIT PISTOLEN IM ANSCHLAG FESTGENOMMEN!

* BESCHLAGNAHME BZW. SICHERSTELLUNG DES MARXISTISCH-LENINISTISCHEN FLUGBLATTS "KAMPF DER VOLKSZÄHLUNG 1987"!

Im Zuge der Unterdrückungsmaßnahmen gegen den Widerstand gegen die Volkszählung 1987 ging der Bonner Staat auch gegen marxistisch-leninistische Propaganda vor. Im Anschluß an eine Anti-KWU/Siemens-Demonstration am 2. Mai 1987 in Offenbach/Main wurde in groß angelegter Verfolgungsaktion der presserechtlich Verantwortliche von GEGEN DIE STRÖMUNG, Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westdeutschlands, festgenommen. Die Festnahmeaktion war bombastisch aufgezo-gen. Mehrere Zivilpolizisten zielten mit Pistolen auf W. Hofmann und legten ihm dann Handschellen an, die auch im Auto nicht abgenommen wurden. Anschließend wurde er zum Verhör geschleppt und erkennungsdienstlich behandelt. Schließlich führten 2 Beamtinnen und 3 Beamten eine Hausdurchsuchung ohne richterliche Anordnung durch, angeblich wegen "Gefahr im Verzug"! Auf dem Polizeirevier war es W. Hofmann untersagt, einen Rechtsanwalt anzurufen.

Wie kam es dazu?

Auf der Demonstration in Offenbach wurde das Flugblatt von GEGEN DIE STRÖMUNG "Kampf der Volkszählung!" verteilt.

Besonders erregte die Staatsschützer, daß auf die ungebrochene Tradition von der Volkszählung 1939 zur Volkszählung 1987 hingewiesen wurde. In dem Flugblatt wird diese Tradition erläutert und mit Fakten belegt.

Nebenstehendes Symbol dieser Tradition, die Verbindung von "Reichsadler" und "Bundesadler" erschien den Staatsschützern besonders gefährlich. Als Grund wurde zynischerweise der § 86a angeführt (Propagierung des Hakenkreuzes).

Wir wissen allerdings sehr wohl, was den besonderen Haß der Herrschenden in Westdeutschland gegen das marxistisch-leninistische Organ GEGEN DIE STRÖMUNG hervorruft, weshalb die westdeutsche Klassenjustiz auch schon wiederholt gegen GEGEN DIE STRÖMUNG "ermittelt" hat und vorgegangen ist (siehe RF 206): Das ist die wirklich unversöhnliche und revolutionäre Haltung von GEGEN DIE STRÖMUNG zum Todfeind der proletarischen Revolution in Westdeutschland, zur westdeutschen imperialistischen Bourgeoisie; die konsequente Entlarvung der Verbrechen und der unverändert aggressiven und kriegstreiberischen Ziele des westdeutschen Imperialismus, Militarismus und Revanchismus; der prinzipienfeste Kampf für den Aufbau einer wahrhaft marxistisch-leninistischen Partei als entscheidendes Instrument des Proleta-

UNGEBROCHENE TRADITION



VOLKSZÄHLUNG
17. Mai 1939 25. Mai 1987

Der Chef der Sicherheitspolizei und des NS-Sicherheitsdienstes sowie der Gestapo, Heydrich, schrieb:

"Betr. Räumung der neuen Ostprovinzen. Auf grundsätzlichen Befehl des Reichsführers SS wird die Räumung von Polen und Juden in den neuen Ostprovinzen durch die Sicherheitspolizei durchgeführt... Die Räumung nach dem Fernplan erfolgt nach den Unterlagen der Volkszählung."

Am 18.10.83 erklärte Innenminister Zimmermann vor dem Bundesverfassungsgericht: "Bei den 19 Volkszählungen die es seit 1871 gegeben hat, gab es keinen einzigen Fall der Verletzung des Statistikgeheimnisses."

riats zur gewaltsamen Zerschlagung des Staats des westdeutschen Finanzkapitals in der siegreichen proletarischen Revolution.

Als Marxisten-Leninisten Österreichs solidarisieren wir uns leidenschaftlich mit unseren westdeutschen Genossen und Genossinnen, mit unserer Bruderorganisation GEGEN DIE STRÖMUNG.

Mit all unserer Kraft protestieren wir gegen die Unterdrückungsmaßnahmen des Bonner Staates, seiner Polizeibüttel und seiner Klassenjustiz, die sich gegen die revolutionäre Propaganda und Aktivität der Marxisten-Leninisten und gegen die fortschrittlichen Kräfte in Westdeutschland überhaupt richten.